



## „Wir haben die Süße der Freiheit nicht verspürt!“

### Der Griechische Bürgerkrieg (1944–1949) und seine Folgen für die griechische Linke

SABINE FUCHS

Nach der Befreiung im Jahr 1945 „fingen die Handlanger der Deutschen an, uns zu verfolgen, alle von uns, die im Widerstand gearbeitet haben. [...] Wir haben die Süße der Freiheit nicht gespürt, die wir mit solcher Sehnsucht, solcher Agonie erwartet hatten. Wir hatten alles gegeben und konnten es nicht genießen.“<sup>1</sup> Diese Erinnerung der 1927 geborenen kommunistischen Widerstandskämpferin Theano Veneti steht paradigmatisch für eine ganze Generation von Griechinnen und Griechen, für die der Kampf gegen die deutsche Besatzung nahtlos in den Kampf gegen Nazi-Kollaborateure und die mit ihnen verbündeten Briten überging. Will man den Griechischen Bürgerkrieg verstehen, dann muss man in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurückschauen, denn Akteure, politische Gruppierungen und viele der Konflikte waren dieselben.<sup>2</sup>

#### Von der Besatzungszeit zum Bürgerkrieg

Nachdem im April 1941 die deutsche Wehrmacht in Griechenland einmarschiert war, wurde das Land zwischen Deutschland und seinen Verbündeten Italien und Bulgarien aufgeteilt. Im gesamten Land begann mit der Besatzung eine Zeit des sozialen Zerfalls, des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Massengewalt. Die Deutschen plünderten das Land systematisch aus, die unfähige Kollaborations-Regierung konnte die Versorgung mit Lebensmitteln nicht sicherstellen. Zwischen 1941 und 1943 verhungerten etwa 300.000 Menschen.<sup>3</sup> Gleichzeitig kam es zu einer Verfolgungswelle von KommunistInnen und jedem, der verdächtigt wurde, politisch links zu stehen. Tausende Menschen wurden festgenommen, von Sondergerichten angeklagt, verbannt oder inhaftiert. In dieser Situation politisierte schon die bloße Notwendigkeit, sich mit Nahrung zu versorgen und am Leben zu er-

halten viele Menschen, auch in ländlichen Gebieten, und schnell entstand ein breitflächiger sozialer Widerstand. Im Sommer und Herbst 1941 kam es immer wieder zu Angriffen auf Truppen der Achsenmächte, einige von ehemaligen griechischer Soldaten, viele aber auch auf politische Initiative linker Gruppen. Die Vergeltungsmaßnahmen der Achsenmächte, insbesondere der Deutschen, waren aber heftig, so dass der bewaffnete Widerstand im Winter 1941 zunächst nachließ und sich dann von den ländlichen Gebieten in die Städte verlagerte.<sup>4</sup>

Die Grenzen zwischen Selbsthilfe-Organisationen zur Lebensmittel-Versorgung und dem bewaffneten Widerstand waren fließend. Die Untergrundbewegung EA (Nationale Solidarität) entstand, um den Zugang zu Nahrungsmitteln zu gewährleisten, war aber eng mit der EAM (Nationalen Befreiungsfront) verbunden. Zu Beginn des Jahres 1942 war die EAM, in der die Kommunistische Partei Griechenlands, die KKE, eine führende Rolle spielte, die wichtigste Widerstandsbewegung in Athen. Ab dem Frühjahr 1942 setzte auch der bewaffnete Widerstand am Land, vor allem in abgelegeneren Berggebieten wieder ein, zunächst in kleinerem Maßstab, aber im Sommer 1942 nahm der militärische Arm der EAM, die ELAS (Griechische Volksbefreiungsarmee) den Kampf auf und wuchs schnell zur einer schlagkräftigen Guerillabewegung heran.<sup>5</sup> KKE, EAM und ELAS waren also eng verbunden, und da ein Großteil der Bevölkerung die Rückkehr zur Monarchie ebenso wie die zur Vorkriegsdiktatur klar ablehnte, schien der Weg in eine Nachkriegsordnung, in der die KKE die Führungsrolle übernehmen würde, vorgezeichnet.

Die politische Dominanz der EAM und die Tatsache, dass fast der gesamte militärische Widerstand der Griechen in der ELAS organisiert war, widersprachen al-

lerdings dem strategischen Interesse Großbritanniens. Nachdem im Herbst 1942 eine britische Einheit der SOE (Special Operations Executive) mit dem Fallschirm über Griechenland abgesprungen war, unterstützten die Briten zwar die EAM/ELAS als schlagkräftigste Untergrundbewegung, gleichzeitig suchten sie in Hinblick auf die politische Nachkriegsordnung nach der Möglichkeit, ein antikommunistisches Gegengewicht zu dieser aufzubauen. Dieses Gegengewicht fanden sie in einer kleinen politischen Splittergruppe, der EDES (*Nationale Republikanische Liga Griechenlands*) und ihrem Anführer Napoleon Zervas.

Zervas hatte die EDES 1941 gemeinsam mit anderen in der liberal-venizelistischen Tradition stehenden Offizieren gegründet. Die Venizelisten waren eine nach dem Politiker Eleftherios Venizelos benannte politische Bewegung im Griechenland des frühen 20. Jahrhunderts, deren Merkmale ein liberaler Nationalismus, strikter Antibolschewismus und Republikanismus waren. Ursprünglich war die EDES eine rein politische Gruppe ohne militärische Ambitionen, die republikanisch und vage sozialdemokratisch ausgerichtet war, sich aber zunehmend nationalistisch gebärdete. Zervas war eine politisch höchst umstrittene Figur, ein Alkoholiker und Lebemann, der persönlich als umgänglich galt, politisch aber ein skrupel- und prinzipienloser Opportunist war. Er hasste die Kommunisten und ursprünglich auch die Monarchie, seine interessanteste Eigenschaft für die Briten war aber seine Bestechlichkeit. So konnten ihn britische Agenten mit 24.000 Goldsovereigns bestechen, aus der EDES eine Einheit für den bewaffneten Kampf gegen die Besatzer als Gegengewicht zur ELAS zu formen und seinen ursprünglichen Republikanismus aufzugeben – die Monarchie war das favorisierte politische System



Athen am 3. Dezember 1944 vor dem Massaker

der britischen Regierung für Griechenland.<sup>6</sup> Sowohl Briten als auch Amerikaner setzten auf Zervas, obwohl sie ihm nicht trauten und ihn für einen Nazi-Kollaborateur hielten, denn er war einer der wenigen politischen Protagonisten, der strikt antikommunistisch war, aber zumindest nicht offen kollaboriert hatte.<sup>7</sup> Im weiteren Verlauf des Krieges unterstützten Briten und Amerikaner allerdings zunehmend auch Organisationen, die ganz offen mit den Nazis kollaboriert hatten. Dies waren vor allem nationalistische Einheiten der Gendarmerie und die so genannten Sicherheitsbataillone (*Táγματα Asphaleías*), die von dem Ministerpräsidenten der Kollaborationsregierung Ioannis Rallis als paramilitärische Truppe gegründet und von der Wehrmacht mit Waffen und Ausrüstung ausgestattet worden waren. Auch ihr Hauptantrieb war der Antikommunismus, und ihr Hauptziel die Vernichtung von ELAS und EAM.

Schon ab 1943 war es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen EDES und EAM/ELAS gekommen, und im Zuge der Befreiung im Spätherbst 1944 wurde die EDES von Kämpfern der EAM/ELAS aus ihren Stellungen in Epiros auf der Insel Korfu vertrieben. In Athen hingegen kam es während des gesamten Jahres 1944 nicht nur zu Auseinandersetzungen zwischen

tergrund Kräfte, die ihre Entmachtung betrieben und dafür auch zum Einsatz von Gewalt bereit waren. Diese Situation resultierte in der „Dekemvriana“, den „Dezember-Ereignissen“. Deren Ausgang war wesentlich von der Tatsache mitbestimmt, dass Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg der westlichen Einflussphäre zugeteilt wurde.<sup>9</sup>

### Der neokolonialistische Zugriff Großbritanniens

Am 1. Oktober 1944 landeten britische Truppen auf dem südlichen Peloponnes, und Generalleutnant Ronald Scobie von der britischen Armee wurde gemäß dem im September 1944 unterzeichneten Caserta-Abkommen als Generalkommandant nicht nur der britischen Streitkräfte, sondern auch der griechischen Armee einschließlich der ELAS nach Griechenland entsandt. Nur eine gute Woche später, vom 9. bis 20. Oktober 1944, fand die Moskauer Konferenz statt, bei der Churchill und Stalin die jeweiligen Einflussphären in Südosteuropa festlegten. Resultat war das so genannte „Prozentabkommen“, nach dem Rumänien und Bulgarien der sowjetischen Einflussphäre, Griechenland aber dem britischen Einflussbereich zugesprochen wurde. Im Laufe der späten 1940er Jahre ging der britische Anspruch auf Griechenland an die USA über.<sup>10</sup>

den Widerstandsgruppen, sondern vor allem fast täglich zu Kämpfen zwischen EAM/ELAS und den faschistischen Sicherheitsbataillonen.

„Ein Fußballspiel genügte, um Athen wie einen Benzintopf in Brand zu setzen“, schrieb der Schriftsteller George Theotokas in seinem Tagebuch.<sup>8</sup> Während die nationale Befreiung vor der Tür stand und die ELAS/EAM vom weitaus größten Teil der griechischen Bevölkerung unterstützt wurde, formierten sich also im Hin-

Nach dem Abzug der Deutschen zeigte sich das Ausmaß der katastrophalen Verluste Griechenlands. Der Historiker Konstantinos Tsoukalas spricht von etwa 500.000 Toten, einer Million Obdachloser und 1.770 zerstörten Dörfern, die Anthropologin Neni Panourgía zählt etwa die gleiche Zahl zwischen Oktober 1940 und 1944, bei einer Gesamtbevölkerung von weniger als 8 Millionen, 40 Prozent des nationalen Reichtums wurden zerstört. Die griechische Bevölkerung hatte vier Jahre der Angst vor den Besatzern und den mit ihnen kollaborierenden Sicherheitsbataillonen hinter sich, öffentliche Hinrichtungen von Widerstandskämpfern und die Zurschaustellung ihrer Leichen waren an der Tagesordnung gewesen; die Menschen waren bei der Befreiung durch Hunger, Angst und Unsicherheit traumatisiert, wobei die psychischen und die körperlichen Auswirkungen der Gewalt der Besatzung kaum voneinander zu trennen waren.<sup>11</sup> Am 18. Oktober kehrte die griechische Exilregierung nach Athen zurück, und mit ihr monarchistisch-nationalistisch gesinnte Truppen des griechischen Exilheeres.

Die Vertreter von EAM/ELAS lehnten dies ab, denn sie sahen – zu Recht, wie sich schon bald herausstellen sollte – die Aufarbeitung der Kollaboration durch die Rückkehr reaktionärer Kräfte gefährdet. Tatsächlich untersagte schon am 20. Oktober 1944 der alliierte Militärkommandeur in Übereinstimmung mit der griechischen Regierung die angeblich irregulären Festnahmen von Kollaborateuren, vor allem Angehörigen der Sicherheitsbataillone, durch Einheiten der EAM/ELAS.<sup>12</sup> Noch während der Befreiungsfeierlichkeiten wurde auf der Panepistimiou, der Universitätsstraße, ein Auto von EAM-Anhängern von Mitgliedern rechter Gruppierungen beschossen. In dem Feuergefecht starben sieben Menschen, 82 weitere wurden verletzt.

Dies war jedoch noch lange nicht alles, und die Menschen wussten das. Beispielhaft ist die Aussage von Patra Hatzisavva, die bei Kriegsende Mitglied der EPON, der Jugendorganisation der EAM war: „Als die Befreiung kam [...], herrschte Unruhe. Wir waren nicht so glücklich in diesen Tagen der Befreiung... Man konnte fühlen, dass etwas nicht stimmte... Wir erwarteten einen feierlichen Tag, der alles verändern würde, der den Menschen die Macht geben würde, damit sie ihr Leben auf ihre eigene Weise gestalten könnten... Und von all diesen hohen Erwartungen war das Einzige, was tatsächlich geschah, Agonie und

eine endlose Teilnahme an Demonstrationen – und dann kam der Dezember.“<sup>13</sup>

### Dekemvriáná

Als der britische Militärkommandeur General Ronald Scobie der griechischen Exilregierung Anfang Dezember 1944 Anweisungen gab, die ehemaligen Widerstandsorganisationen und paramilitärischen Verbände zu entwaffnen, kam dies einer Entmachtung der ELAS gleich. Besonders die Tatsache, dass die linke Widerstandsbewegung mit den mit den Nationalsozialisten kollaborierenden Sicherheitsbataillonen sowie der ebenfalls zu einem Großteil aus Kollaborateuren bestehenden monarchistisch-protfaschistischen „Organisation X“ auf eine Stufe gestellt wurde, löste Empörung aus, zumal zur Entwaffnung auch ein Verbot für Anhänger der Organisationen geplant war, öffentliche Ämter zu bekleiden.<sup>14</sup> Dies hätte die gesamte griechische Linke aus dem Prozess der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Weil die Entwaffnung und die Entfernung von Kollaborateuren, etwa der Sicherheitsbataillone, sowie von monarchistisch-nationalistischen Inhabern aus öffentlichen Ämtern nicht durchgeführt wurde und wohl auch nie wirklich beabsichtigt war, traten die Minister der EAM schließlich am 2. Dezember 1944 aus der Regierung der Nationalen Einheit aus und riefen für den 3. Dezember zu einer Protestkundgebung gegen die Regierungspolitik am Syntagma-Platz auf.<sup>15</sup> Zudem verkündete die EAM einen Generalstreik und rief dazu auf, keine Waffen mehr an die staatliche Nationalgarde zu übergeben. Daraufhin verbot die griechische Regierung in der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember die zuvor genehmigte Kundgebung.

Als sich trotzdem tausende Menschen auf dem Syntagma-Platz versammelten, kam es zu einem Blutbad. Griechische Polizeikräfte schossen auf die DemonstrantInnen, nachdem Premierminister Papandreou dem Polizeikommandanten Angelos Evert den Befehl zur Eröffnung des Feuers gegeben hatte.<sup>16</sup> Churchill begrüßte die gewaltsame Ausschaltung der ehemaligen Verbündeten und gab General Scobie die Anweisung, an diesem Kurs festzuhalten: „Zögern Sie nicht, auf jeden bewaffneten Mann in Athen zu feuern, [...] wir müssen Athen halten und beherrschen, [...] und falls erforderlich, müssen Sie [...] auch Blut vergießen.“<sup>17</sup> Am 4. Dezember fanden der Generalstreik und die Trauerfeier für die Opfer des 3. Dezember statt. An der



Blutbad am Syntagma-Platz in Athen am 3. Dezember 1944

Spitze der Prozession gingen drei junge Frauen mit einem Transparent, auf dem zu lesen war: „Wenn das Volk der Gefahr der Tyrannei ausgesetzt ist, wählt es entweder Ketten oder Waffen. EAM.“ Auch die Trauerfeier wurde beschossen, und erneut ging die Gewalt von Organisationen aus, die hauptsächlich aus Nazi-Kollaborateuren bestanden: der „Organisation X“ und der Sicherheitsbataillone.<sup>18</sup>

In den darauffolgenden Tagen versuchte die ELAS, sich besser zu organisieren und auf die Gewaltausbrüche zu antworten, wobei manche Entscheidungen angesichts der Brutalität ihrer Gegner rückblickend geradezu naiv anmuten. So besetzten ELAS-Kämpfer die Akropolis, was von der politischen Führung der KKE und der EAM als Sakrileg bezeichnet wurde. Die ELAS-Truppen zogen sich also wieder von dem strategisch wichtigen Punkt zurück, nachdem das

Rote Kreuz eine Vereinbarung mit den britischen Streitkräften ausgehandelt hatte, dass die Akropolis neutrales Gebiet bleiben sollte. Die Briten hielten sich allerdings nicht an diese Vereinbarung, und am 6. Dezember besetzten britische Truppen das Athener Wahrzeichen und beschossen von dort aus ELAS-Stellungen in den Stadtteilen Makrigiannis, Thissio, Psirri und am Filopappou-Hügel. Die ELAS feuerte nicht mit voller Kraft zurück, um die Akropolis nicht zu beschädigen, wobei bei zwei Versuchen, die Stellung zurückzuerobern, trotzdem Schäden entstanden. Die Kulturlosigkeit und Feigheit der Briten, die die ELAS anprangerte, war diesen vollkommen egal.<sup>19</sup> Die Entschlossenheit der britischen Führung, die ELAS zu entmachten und die Vormachtstellung der Linken in der griechischen Bevölkerung zu brechen, die Brutalität ihrer Vorgangsweise



**Trauermarsch am 4. Dezember 1944 für die von der Polizei am Athener Syntagma-Platz erschossenen DemonstrantInnen**

gemäß der Anweisung Churchills, sich in Athen wie in einer Stadt zu verhalten, die sie erobert hatten und die militärische Überlegenheit der Briten führten schließlich zu dem von den westlichen Regierungen gewünschten Ergebnis. Am 27. Dezember starteten die britischen Streitkräfte einen Generalangriff. Die größte Gegenwehr erfuhren sie im Stadtteil Metaxourgiou, wo sie auf das erfahrene 9. Regiment der ELAS trafen, aber am 3. Jänner 1945 mussten die ELAS-Kämpfer auch hier kapitulieren. Die ELAS musste Athen am 5. und Piräus am 7. Jänner verlassen und zog sich in den Norden zurück, wobei die Briten im Zuge des Abzugs der ELAS noch 4.000 Bomben auf das nordwestlich gelegene Peristeri abschossen.<sup>20</sup>

Fünf Tage nach der Evakuierung Athens, am 11. Jänner, endete die „Dekemvriana“, nachdem Vertreter des Zentralkomitees der ELAS einen militärischen Waffenstillstand unterzeichnet hatten. Im Abkommen von Varkiza wurde im Februar 1945 die Entwaffnung der ELAS vereinbart. Gleichzeitig wurde zwar festgelegt, dass rechtsradikale Personen und Organisationen aus der griechischen Armee und Polizei entfernt werden sollten, dies wurde aber nie durchgesetzt. Auch dem in der Bevölkerung weit verbreiteten Wunsch nach der Bestrafung von Kriegsverbrechern und

Kollaborateuren wurde nie entsprochen – zwar gab es, etwa in Nordgriechenland, Kollaborateursgerichte, diese waren aber zahnlos, und wirkliche Bestrafungen gab es kaum.<sup>21</sup> Auch die KKE stimmte in Abstimmung mit der Sowjetunion dem Abkommen von Varkiza zu, obwohl die innerparteiliche Kritik groß war. Einer, der sich nicht an die offizielle Linie hielt, war der legendäre Widerstandskämpfer Aris Velouchiotis, der „griechische Che“. Er kritisierte das Abkommen scharf als Verrat am griechischen Volk und wurde daraufhin aus der KKE ausgeschlossen. Velouchiotis zog sich nach Zentralgriechenland zurück, um dort den Widerstand gegen die nicht mehr als Befreier, sondern als Besatzer empfundenen Briten zu organisieren, fiel aber schon im Juni 1945 in einem Scharmützel mit Paramilitärs.

### **Die Wahlen 1946 und die ideologische Aufrüstung des Staates**

Ab Sommer 1945 waren die Auseinandersetzungen für die KKE und die gesamte griechische Linke trotz zwischenzeitlicher Erfolge ein Rückzugskampf. Der griechische Staat ging nicht nur militärisch, sondern zunehmend auch auf der Ebene der Gesetzgebung gegen sie vor. So wurden die seit 1924 bestehenden Komitees für öffentliche Sicherheit zu neuem Leben erweckt, die es

der Regierung ermöglichten, Personen zu ächten, die als gefährlich für die öffentliche Sicherheit galten. Gemeinsam mit Militärgerichten etablierten die Komitees Sondergerichte, die außerhalb des regulären Justizsystems agierten. Zudem wurde ein längst abgeschafftes Gesetz zur Bestrafung von Räuberbanden aus dem Jahr 1871 reaktiviert, nach dem nicht nur vermeintliche Straftäter, sondern auch deren Familien bestraft werden konnten. Im September 1946 folgte ein weiteres Gesetz, das auch die Familien von Deserteuren der Armee unter Strafe stellte. Damit konnte die politische Opposition problemlos kriminalisiert werden. Eine Konsequenz dieser Maßnahmen war die Überfüllung der Gefängnisse. So waren beispielsweise 1934 im Averoff-Frauengefängnis in Athen etwa 130 weibliche Insassen untergebracht, 1946 waren es fast zehnmal so viele. Dies war auch ein Zeichen dafür, wie viele Frauen im Widerstand bei der ELAS gekämpft oder sich der KKE angeschlossen hatten. Die Regierung reagierte mit der Errichtung eines neuen Systems von Haftanstalten, Lagern und Deportationsinseln, mit dem „Umerziehungslager“ auf der Insel Makronisos als traurigem Höhepunkt. Auch die Verhängung der Todesstrafe erreichte in den Jahren 1945 bis 1950 ein vorher nie gesehenes Ausmaß, und sie traf fast ausschließlich Linke, während die Regierung davor zurückschreckte, Todesurteile gegen verurteilte Kollaborateure und Kriegsverbrecher zu vollstrecken.<sup>22</sup> Legitimiert wurden die Maßnahmen zur politischen Ausgrenzung der Linken durch ein komplexes Propagandakonstrukt, das unter Verwendung der Topoi der „kommunistischen Bedrohung“ und des „inneren Feinds“ jede Artikulation eines Widerspruchs oder einer Differenzierung von vorne herein unmöglich machten.<sup>23</sup>

Die endgültige Etablierung der Nachkriegsordnung wurde mit den Wahlen im März 1946 vollzogen, an der die Linke gegen den ausdrücklichen Rat der Sowjetunion nicht teilnahm. Dies führte dazu, dass die royalistische Rechte triumphierte und nach einer manipulierten Volksabstimmung im Herbst 1946 auch den im Exil lebenden König wieder einsetzte. Spätestens ab diesem Zeitpunkt lag die Macht in der Hand von Antikommunisten, und die Gewalt nicht nur von der Regierung selbst, sondern auch von den Sicherheitsbataillonen und rechten Gruppierungen wie der faschistischen „Organisation X“ nahm weiter zu.<sup>24</sup>

## Gründung der DSE und Rückzugskampf

Trotz aller Rückschläge und der nach dem Abkommen von Varkiza einsetzenden Verfolgungswelle konnte sich die Linke nach dem Rückzug in den Norden Griechenlands Ende 1946 militärisch neu formieren. Unter der Leitung der KKE wurde die *Demokratische Armee Griechenlands* (DSE) gegründet, die nicht nur aus ehemaligen ELAS-KämpfernInnen, sondern auch aus vielen weiteren Menschen bestand, die nun aufgrund des „Weißen Terrors“ ihre Häuser und Dörfer verlassen mussten. Die große Anzahl von Frauen, die auf der Seite der DSE mit der Waffe in der Hand kämpften, ist bemerkenswert; auch viele, die im Widerstand nur Botendienste verrichteten oder als Krankenschwester der ELAS gedient hatten, bewaffneten sich nun. Die DSE war zunächst erfolgreich, aber die griechische Armee wurde von Briten und Amerikanern mit Waffenlieferungen versorgt. Die Truman-Doktrin, die im März 1947 nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Griechischen Bürgerkriegs verkündet worden war, verschob die militärischen Kräfte weiter zugunsten der Regierung in Athen. Diese verfolgte zudem eine Politik der gewaltsamen Umsiedlung von zehntausenden Dörfern, um die Guerillas auszuhungern. Die demokratischen Kräfte riefen eine Gegenregierung aus, diese blieb jedoch ohne Regierungssitz, da es nicht gelang, dauerhaft eine größere Stadt zu erobern. Die DSE wurde immer stärker in die Defensive gedrängt.

Ein weiterer Faktor war der Konflikt zwischen Tito und Stalin im Jahr 1948. Da sich die KKE auf Seite der Sowjetunion positioniert hatte, zog Tito seine Unterstützung für die DSE zurück. Sie verlor damit ihre Ausbildungsbasen auf jugoslawischem Staatsgebiet. Damit blieb Albanien fortan der einzige Verbündete. 1949 wurde die DSE endgültig besiegt. Nach der von Seiten der Regierung mit äußerster Brutalität geführten Schlacht am Berg Grammos – die Regierungsarmee setzte auch von den USA geliefertes Napalm gegen die schon im Rückzug befindlichen KämpferInnen des DSE ein<sup>25</sup> – wurden die Reste der Armee über die Grenze nach Albanien gedrängt.<sup>26</sup> Von dort teilten sich die Überlebenden in verschiedene osteuropäische Staaten auf.

Das vom Westen bedenkenlos unterstützte autoritäre Regime blieb fast 20 Jahre an der Macht und ging 1967 naht-



Während des Rückzugs aus Athen erschossene Kämpfer, Ende Dezember 1944

los in die Militärdiktatur über. Eine Heimkehr nach Griechenland war für die kommunistischen KämpferInnen erst ab 1974 möglich.

### Anmerkungen:

1/ Zit. nach: Weber, Johanna: *Gesichter aus dem griechischen Widerstand. Todeserinnerungen, Lebenserinnerungen*. Deutsches Beiheft. Athen 1996, S. 8f.

2/ Vervenioti, Tasoula: 12th October 1944. Liberation, Trauma and Memorialization in Greece, 2014, [https://www.academia.edu/8898251/\\_12\\_October\\_1944\\_Liberation\\_Trauma\\_and\\_Memorialization\\_in\\_Greece](https://www.academia.edu/8898251/_12_October_1944_Liberation_Trauma_and_Memorialization_in_Greece) [26.9.2023].

3/ Seckendorf, Martin: Zur Wirtschaftspolitik der deutschen Besatzer in Griechenland 1941–1944, [berliner-gesellschaft.org/1\\_7\\_1.html](http://berliner-gesellschaft.org/1_7_1.html) [25.9.2023].

4/ Mazower, Marc (Hg.): *After the war was over. Reconstructing the family, nation and state in Greece, 1943–1960*. Princeton, Oxford 2000, S. 3.

5/ Die ELAS war der militärische Arm der EAM, der Nationalen Befreiungsfront Griechenland. In dieser war die kommunistische KKE zwar die wichtigste, aber nicht die einzige Kraft. Vielmehr waren an der Gründung der EAM auch die Sozialistische Partei (SKE), die Agrarpartei (AKE) und die Union für Volksdemokratie (ELD) beteiligt.

6/ Mazower, Mark: *Inside Hitler's Greece. The experience of occupation 1941–44*. New Haven 1993, S. 140f.

7/ Iatrides, John/Wrigley, Linda (Hg.): *Greece at the Crossroads. The Civil War and its legacy*. Pennsylvania 1995, S. 137.

8/ Zit. nach Vervenioti: 12th October 1944.

9/ Mazower: *After the War was Over*, S. 6.

10/ Fleischer, Hagen: *Im Kreuzschatten der Mächte. Griechenland 1941–1944*. Frankfurt am Main 1986, S. 518ff.; Richter, Heinz: *Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhundert*, Bd. 2: 1939–2004. Ruppolding 2015, S. 207f.

11/ Panourgia, Neni: *Dangerous Citizens. The*

*Greek Left and the Terror of the State*. New York 2009.

12/ Vgl. Iatrides, Ioánnης O.: *Εξέγερση στην Αθήνα* (Iatrides, Joannis O.: *Aufstand in Athen*). Athen 2013.

13/ Zit. nach Vervenioti: 12th October 1944.

14/ Χαραλαμπίδης, Μενέλαος: *Δεκεμβριανά 1944. Η μάχη της Αθήνας* (Charalambidis, Menelaos: *Dezember 1944. Die Schlacht um Athen*). Athen 2014, S. 163.

15/ Esche, Matthias: *Die kommunistische Partei Griechenlands 1941–1949. Ein Beitrag zur Politik der KKE vom Beginn der Resistance bis zum Ende des Bürgerkriegs*. München 1982, S. 176–199.

16/ <http://www.kathimerini.gr/kath/7days/1994/12/04121994.pdf> [1.9.2023].

17/ Zit. nach: Fleischer: *Kreuzschatten der Macht*, S. 531.

18/ *Δεκεμβριανά: Η μάχη που καθόρισε τη μοίρα της μεταπολεμικής Ελλάδας* (Dekemvriana: *Die Schlacht, die das Schicksal von Nachkriegsgriechenland bestimmte*), in: *Τεύχος*, 10. Jg. (2009), S. 41–65.

19/ Κοντράρου-Ρασσιά, Νινέττα: *Ζημιές στην Ακρόπολη κατά τα Δεκεμβριανά* (Kontrarou-Rassia, Ninetta: *Die Schäden an der Akropolis während der Dekemvriana*), in: *Σημειώσεις για τον Εμφύλιο*, 12.12.2016.

20/ Fleischer: *Kreuzschatten der Macht*, S. 531ff.

21/ Haidias, Eleni: *The Punishment of Collaborators in Northern Greece*, in: Mazower (Hg.): *After the War was Over*, S. 42–61.

22/ Voglis, Polymeris: *Political Prisoners in the Greek Civil War, 1945–50: Greece in Comparative Perspective*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 37 (4). London u.a. 2002, S. 523–540.

23/ Vgl. Lagaris, Theodoros: *Innerer Feind, Nation und Demokratie. Zum Legitimationsprozess in Griechenland nach dem Bürgerkrieg*. Baden-Baden 2000.

24/ Mazower: *After the War was Over*, S. 3–23.

25/ Vgl. Neer, Robert: *Napalm: An American Biography*. Harvard 2013, S. 91f.

26/ Mazower: *After the War was Over*, S. 3–23.

# Die Chile–Solidaritätsfront in Österreich

MICHAEL GRABER

Am 11. September 1973 putschte in Chile das Militär gegen die demokratisch gewählte Regierung der Unidad Popular unter dem Präsidenten Salvador Allende und tauchte tausende ihrer AnhängerInnen, FunktionärInnen und MandatarInnen in ein Blutbad. Nur wenige Tage nach dem faschistischen Putsch, am 18. September, fand in Wien die erste Solidaritätsdemonstration mit dem chilenischen Volk statt, an der tausende Menschen teilnahmen. Nachdem sich die gestürzte chilenische Regierung im wesentlichen aus der Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Partei und christlichen Linken zusammensetzte, lag es auf der Hand, dass auch in Österreich die AufruferInnen und OrganisatorInnen dieser Demonstration aus diesem politischen Spektrum kamen.

Die Allende-Regierung war mit dem Anspruch angetreten, einen demokratischen, friedlichen Weg zum Sozialismus beschreiten zu wollen. Aus diesem Grund war national und international die gesamte Linke schockiert und schwer erschüttert. Schon nach kurzer Zeit wurde klar, dass der Kampf gegen die faschistische Militärdespotie in Chile, die angetreten war, den „Marxismus“ auszurotten, einen längerfristigen Charakter annehmen würde. Deshalb wurde über eine institutionelle Form der Chile-Solidarität nachgedacht und nach einigen Vorgesprächen zwischen den beteiligten Kräften am 8. November 1973 der Beschluss gefasst, die Chile-Solidaritätsfront (CSF) zu schaffen.

## Vorstand und Organisationen

Die formelle Gründung der Chile-Solidaritätsfront als Verein fand am 20. Juli 1974 statt. Als Mitglieder wurden Organisationen aus dem sozialistischen, kommunistischen und christlichen Bereich aufgenommen. Diese entsandten ihre jeweiligen VertreterInnen zu den Besprechungen. Beschlüsse konnten nur einstimmig gefasst werden. Diese Konstellation sollte die Mobilisierungsfähigkeit und Mobilisierungskraft der CSF sicherstellen.

Der Verein umfasste zunächst den Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, die Junge Generation in der SPÖ (JG), die Sozialistische Jugend (SJ), den Verband Sozialistischer Studenten (VSSÖ), die Kommunistische Jugend (KJÖ), den

Kommunistischen Studentenverband (KSV), den Bund Demokratischer Frauen (BDF), den KZ-Verband, die Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939, die Katholische Arbeiterjugend (KAJ), die Aktion Kritisches Christentum (AKC), das Evangelische Jugendwerk HB und die Solidaritätsgruppe engagierter Christen (SOG). Später schlossen sich u.a. die Österreichisch-Kubanische Gesellschaft (ÖKG), der Österreichische Friedensrat, der Bund der Kärntner Studenten in Wien, der Bund Burgenländischer Studenten in Wien und der Klub Slowenischer Studenten und andere an. Amnesty International erklärte, die menschenrechtlichen Ziele der CSF unterstützen zu wollen. Bereits im Gründungsjahr gehörten 31 Organisationen der CSF an.<sup>1</sup> Die meisten beteiligten Organisationen waren auch in den Bundesländern aktiv vertreten, sodass die CSF von Anfang an mit der Unterstützung aus den Bundesländern rechnen konnte.

Dem ersten Vorstand der CSF gehörten an: als Vorsitzender Herbert Berger (SOG), als Stellvertreter Bruno Furch (Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik bzw. KPÖ) und Josef Hindels (Sozialistische Freiheitskämpfer), Kassier Fritz Edlinger (JG), Schriftführer Wilhelm Rau (KJÖ), Beisitzer Annemarie Aufreiter, Johann Mayr, Franz Stephan Parteder, Maria Szentpetery, Kontrolle: Ernst Gumpenberger, Fritz Podolsky, Johann Stadler. Referent für Öffentlichkeitsarbeit war Adalbert Krims (AKC).<sup>2</sup>

## Die Zusammenarbeit in der CSF – ein innenpolitischer Faktor

Der Vorsitzende Herbert Berger gehörte der Gruppe Christen für Sozialismus an und lebte von 1968 bis Oktober 1973 als katholischer Priester in Armenvierteln Santiagos, bis er auf Grund des Putsches das Land verlassen musste. Berger hatte einen wesentlichen Anteil an der Gründung und Entwicklung der CSF, nicht zuletzt wegen seiner verbindenden und verbindlichen Rolle zwischen den beteiligten politischen Kräften. Er veröffentlichte im Jahr 2003 zum 30. Jahrestag des Putsches eine 140 Seiten umfassende Geschichte der Chile-Solidaritätsfront, auf die sich dieser Beitrag stützt und aus der ausführlich zitiert wird.

Der CSF gelang es in den 1970er und 1980er Jahren eine Solidaritätsbewegung in Österreich zu entwickeln, die tausende Menschen mobilisierte. Sie wurde nach der Bewegung gegen den Vietnamkrieg in den 1960er und Anfang der 1970er Jahren die wichtigste antiimperialistische und antifaschistische Solidaritätsbewegung und ein innenpolitischer Faktor in Österreich.

Es gab allerdings einen wesentlichen Unterschied: Die sozialistischen Jugendorganisationen, die sich gegen den Vietnamkrieg engagierten, taten dies in Opposition zur SPÖ-Führung, was auch im Rahmen der 68er Bewegung zu Ausschlüssen führte, während ihre und die Teilnahme anderer SozialistInnen an der CSF auf der Basis eines „Duldungsbeschlusses“ des SPÖ-Vorstands erfolgte, der die Zusammenarbeit mit KommunistInnen in „humanitären und kulturellen Angelegenheiten“ gestattete. Vorher hatte der damalige SPÖ-Zentralsekretär Fritz Marsch öffentlich mit dem Ausschluss aller Mitglieder aus der Partei gedroht, wenn diese die Kooperation mit der KPÖ nicht einstellten. Es war der Nachklang der so genannten „Eisenstädter Erklärung“ der SPÖ aus dem Jahr 1969, die jede Zusammenarbeit mit KommunistInnen ausschloss.

Herbert Berger schreibt dazu in seiner Geschichte der CSF: „Der Konflikt der SP-Organisationen der Chilefront mit ihrer Parteiführung zeigte, welche starke zentrifugale Kräfte auf uns einwirkten. Mitgliedsorganisationen, die der einen oder anderen Partei oder Kirche angehörten, mussten auf ihre jeweilige Großorganisation Rücksicht nehmen. Und da lagen die Interessen von SPÖ und KPÖ ganz gegensätzlich. Die SPÖ-Führung war zur Solidarität bereit, wollte aber der Kritik an den USA ausweichen und meinte, man müsse die Zustände in der Sowjetunion genauso anklagen wie in Chile. Daher keine Zusammenarbeit mit moskautreuen Kommunisten. Die KPÖ war in ihrer Haltung zu den USA und der Sowjetunion gegenteiliger Meinung. Für die kleine KPÖ war die Chilefront auch eine innenpolitische Möglichkeit, eine über ihre engen Parteigrenzen hinausgehende Plattform zu haben und so mehr Einfluss zu gewinnen, was die SPÖ fürchtete. Ein weiteres internes Problem war, dass das politische

Gewicht derer, die in der Chilefront mitarbeiteten, von Fraktion zu Fraktion sehr unterschiedlich war. Während sich die Sozialisten nur auf Jugendorganisationen und die Freiheitskämpfer stützen konnten, waren einige Vertreter der kommunistischen Fraktion Mitglieder des Zentralkomitees.<sup>43</sup>

Bruno Furch etwa war Mitglied der KPÖ-Führung und Redakteur ihrer Tageszeitung *Volksstimme*. Auch Mimi Kreuzer, die Vertreterin des BDF, gehörte dem Zentralkomitee der KPÖ an. Es gab aber auch andere Stimmen führender Sozialdemokraten. Bruno Pittermann, Vorgänger von Bruno Kreisky als SPÖ-Chef und damals Präsident der Sozialistischen Internationale, marschierte am ersten Jahrestag des Putsches bei einem Schweigemarsch über den Ring in der ersten Reihe neben dem damaligen KPÖ-Vorsitzenden Franz Muhri und dem Vorstand der CSF.

### Grundsatzklärung der CSF: antiimperialistisch und antifaschistisch

In der Grundsatzklärung der CSF hieß es u.a.: „Zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes hat sich in allen Teilen der Welt eine breite und machtvolle Solidaritätsbewegung entfaltet. Die Chile-Solidaritätsfront ist Bestandteil dieser internationalen Solidaritätsbewegung und trägt in Österreich zur Entlarvung und Isolierung der faschistischen Junta sowie zur materiellen, politischen und humanitären Unterstützung des chilenischen Widerstandes bei. [...] Die Chile-Solidaritätsfront unterstützt dabei voll und ganz die von der antifaschistischen Einheitsfront in Chile selbst entwickelten Ziele und Formen des Widerstands und arbeitet nach den von der internationalen Solidaritätsbewegung festgelegten Richtlinien. [...] Das österreichische Volk hat selbst erlebt, was Faschismus bedeutet. [...] So sind in der Chile-Solidaritätsfront Organisationen und Personen mit unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung – vor allem Sozialisten, Kommunisten und Christen – zusammengeschlossen.“

Zu den Forderungen wurde im einzelnen festgehalten: „Die Einstellung des ‚inneren Kriegszustandes‘ in Chile“, „Die Einstellung der willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und Terrorurteile“, „Die sofortige Einstellung der Prozesse gegen demokratische Politiker, Gewerkschafter, Offiziere und andere Personen“, „Die Freilassung aller politi-



Solidaritätsdemonstration mit dem chilenischen Volk in Wien am 16. März 1974

schen Gefangenen“, „Aufklärung über das Schicksal verschwundener Persönlichkeiten“, „Achtung des Asylrechts und freies Geleit für alle Flüchtlinge in den Botschaften“, „Die Wiederherstellung der elementaren bürgerlichen, demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten sowie der Menschenwürde und Menschenrechte.“

Von der österreichischen Regierung, der damaligen SPÖ-Alleinregierung, wurde gefordert: „Der chilenischen Militärjunta keinerlei direkte oder indirekte Unterstützung wirtschaftlicher, politischer oder diplomatischer Natur zu gewähren; / Alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um jegliche Unterstützung von nichtöffentlicher Seite zu

unterbinden; / chilenische Flüchtlinge in unbegrenzter Zahl auch aus Drittländern aufzunehmen.“<sup>44</sup>

Die Forderungen an die Regierung konnten großteils umgesetzt werden. Österreich stimmte allen Resolutionen in der UNO und der UNO-Menschenrechtskommission zu, die die Menschenrechtsverletzungen durch die chilenische Junta anprangerten und verurteilten. Die österreichische Diplomatie verhielt sich der CSF gegenüber wohlwollend, was auch ein intensiver Briefwechsel mit dem damaligen Außenminister Erich Bielka dokumentiert.

Die Aufnahmen von Flüchtlingen in Österreich war in den ersten ein, zwei Jahren nach dem Putsch auf wenige

Demonstration gegen Panzerlieferungen an Chile am 11. August 1980 in Wien





**Solidaritätsveranstaltung mit Luis Corvalán im Haus der Begegnung in Wien-Brigittenau am 26. Februar 1982**

Hundert begrenzt, konnte aber im Laufe der nächsten Jahre vor allem durch Interventionen der CSF auf ca. 2.000 erhöht werden. Es war auch eine wichtige Leistung der CSF, insbesondere durch die Kontakte der sozialistischen Mitglieder, die Betreuung der Flüchtlinge und Wohnmöglichkeiten zu organisieren. Die CSF arbeitete auch eng mit den politischen Gruppen des chilenischen Exils zusammen.

### Panzer nach Chile?

Im September 1974 kam Hortensia Bussi de Allende, die Witwe von Salvador Allende, auf Einladung der CSF nach Wien, was für die Solidaritätsbewegung und die in Österreich lebenden ChilenInnen ein großes Ereignis war. Sie wurde auch von der SPÖ und der KPÖ empfangen. Im Gespräch mit Bundeskanzler Bruno Kreisky versprach dieser, keine Waffen nach Chile zu senden.<sup>5</sup> In eben dieser Frage kam es allerdings 1980 zu einem schweren Konflikt der CSF mit der Regierung. Die Steyr-Werke wollten Panzer und andere Waffen im Wert von über 167 Millionen Dollar an die chilenische Junta liefern. Bereits 1980 waren österreichische Panzer in Bolivien während eines Putsches gegen DemonstrantInnen eingesetzt worden. Die Lieferung hing nur noch von der Zustimmung der Regierung ab, wobei einige Minister bereits ihre Zustimmung signalisierten. Es kam zu einer massiven Protestbewegung in ganz Österreich mit der Besetzung von Schienen und Hungerstreiks. Die Eisenbahngewerkschaft erklärte, den Transport nicht durchführen

zu wollen. Schließlich lenkte auf Grund des Drucks eines Beschlusses des SPÖ-Präsidiums die Regierung ein und der zuständige Innenminister Erwin Lanc untersagte den Waffenexport. Es war dies einer der größten Erfolge der CSF.

Ein wichtiges Arbeitsfeld der CSF war die Öffentlichkeitsarbeit im allgemeinen und die Kontakte zur Presse und zum ORF im besonderen. Seit 1974 kam vierteljährlich ein Bulletin der CSF heraus, zunächst in einer Auflage von 12.000 Exemplaren. Redigiert wurde es von Fritz Edlinger. Die CSF und ihre Mitgliedsorganisationen organisierten zahlreiche Veranstaltungen in Wien und in den Bundesländern, die teilweise auch von österreichischen und chilenischen Kulturschaffenden getragen wurden. 1974 sammelten die Mitglieder der CSF über 11.000 Unterschriften für eine Petition u.a. an den österreichischen Vertreter in der UN-Menschenrechtskommission Felix Ermacora und andere Vertreter Österreichs in der UNO.<sup>6</sup>

### Solidaritätsarbeit

Wichtige Beiträge zur Solidaritätsarbeit waren die Veranstaltungen von KJÖ, KSV und KPÖ. So wurde beispielsweise der Film des bekannten DDR-Dokumentationsfilmteams Walter Heinowsky und Gerhard Scheumann „Krieg der Mumien“ an 46 Orten in Österreich gezeigt.<sup>7</sup> Ein Höhepunkt dieser Aktivitäten war die Einladung von Luis Corvalán, des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chiles, der 1976 durch internationalen Druck aus der KZ-Haft befreit werden und an-

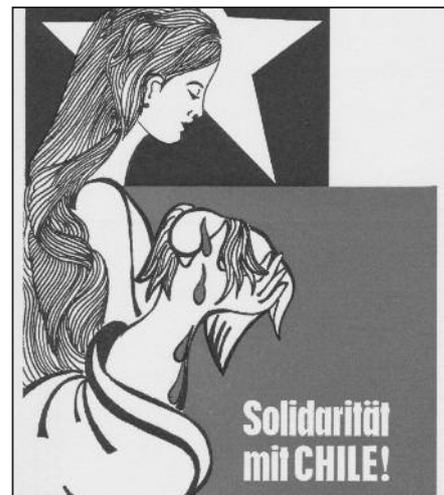
schließend ins Exil in die Sowjetunion gehen konnte. Die Solidaritätsveranstaltung mit Corvalán am 26. Februar 1982 im Haus der Begegnung in Wien-Brigittenau war eine der bewegendsten.

Weiters gelang es der CSF, die Solidarität mit dem demokratischen Chile im öffentlichen Raum zu verankern. Im September 1976 wurde ein großer Gemeindebau in Simmering in Allende-Hof benannt. Im September 2005 wurde auf Initiative von in Österreich lebenden ChilenInnen eine Büste Allendes im Wiener Donaupark errichtet. Im Bericht Herbert Bergers über die Geschichte der CSF nimmt die Auflistung der bekannt gewordenen öffentlichen Aktivitäten ganze 28 Seiten ein.

1988 ergab ein Plebiszit in Chile eine Mehrheit von 55 Prozent für die Ablöse von Diktator Pinochet von der Staatsspitze. Im Jahr darauf konnte nach der Legalisierung politischer Parteien (außer der KP Chiles, die erst 1993 wieder antreten konnte) ein neuer Präsident gewählt werden. Pinochet blieb allerdings Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die gemeinsam mit den Rechtsparteien jede grundlegende Änderung der von ihm 1980 oktroyierten Verfassung blockierten. Auf Grund dieser Entwicklung in Chile und dem Ende der faschistischen Junta fasste die Generalversammlung am 22. Juni 1990 den Beschluss der formellen Auflösung der Chile-Solidaritätsfront.

### Anmerkungen:

- 1/ Herbert Berger: Solidarität mit Chile. Die österreichische Chile-Solidaritätsfront 1973–1990. Wien 2003, S. 132.
- 2/ ZPA der KPÖ, Protokoll der konstituierenden Sitzung der Chilesolidaritätsfront am 20.7.1974.
- 3/ Berger: Solidarität mit Chile, S. 31.
- 4/ Ebd., S. 126.
- 5/ Ebd., S. 93.
- 6/ Durchschrift im ZPA der KPÖ.
- 7/ Berger: Solidarität mit Chile, S. 103.



# 50 Jahre Putsch in Chile

## Interview von Martin Konecny mit Irene Filip

Irene Filip ist seit den 1970er Jahren in der Chile-Solidaritätsarbeit aktiv. In den 1990er und 2000er Jahren war sie Mitarbeiterin im Internationalen Referat des Bundesvorstands der KPÖ (Schwerpunkt Lateinamerika). Heute betreut sie das Spanienarchiv im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

*Beginnen wir mit einer persönlichen Frage. Woher kommt deine seit Jahrzehnten währende Verbindung zu Chile?*

Mein Interesse an Chile wurde 1970 geweckt, als die Regierung der Unidad Popular unter Präsident Salvador Allende ins Amt gewählt wurde. Die Unidad Popular war ein Bündnis von chilenischen Linksparteien, vor allem der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei Chiles und einiger kleinerer Parteien. Im August 1973 nahm ich in Berlin beim Weltjugendfestival 1973 teil, wo Gladys Marín, die damalige Generalsekretärin des Kommunistischen Jugendverbands und spätere Generalsekretärin der KP Chiles, auf die Sabotageakte und die damit verbundenen Schwierigkeiten der Unidad Popular hinwies. Nach dem Putsch im September 1973 habe ich mich über Jahre hinweg an unzähligen Demonstrationen beteiligt. Persönlich wichtig war für mich der Kontakt mit den politischen Flüchtlingen, die nach dem Putsch nach Österreich gekommen sind. Im Flüchtlingslager Hinterbrühl habe ich viel Zeit mit ihnen verbracht. Dabei sind wichtige persönliche Beziehungen entstanden, etwa zu meiner bis heute besten Freundin, die als Chile- nin nach Österreich geflüchtet ist.

*Wie hat der Sieg der Unidad Popular auf die internationale Linke ausgestrahlt?*

Die späten 1960er und frühen 1970er Jahre waren eine Zeit des politischen Aufbruchs, nicht nur in Lateinamerika, sondern weltweit. In Chile wurde Salvador Allende zum Präsidenten gewählt, in Nicaragua kämpften die Sandinistas gegen die Diktatur von Somoza, in Guatemala die Guerilla URNG für das Ende der Unterdrückung. Überall in Lateinamerika schien es damals so, als ob eine alternative Entwicklung und ein Ende der US-Dominanz über den Kontinent möglich wäre. Für die Linke und die fortschrittlichen Kräfte, nicht nur in

Österreich, war die internationale Solidarität mit Lateinamerika ein ganz wesentlicher Bezugspunkt.

*Was hat sich in Chile unter Salvador Allende konkret verändert?*

Es gab massive Verbesserungen für die große Mehrheit der Menschen. Die Kindersterblichkeit ging drastisch zurück, nachdem jedes Schulkind kostenlos einen halben Liter Milch erhielt. Der Zugang zum Gesundheitssystem wurde ausgebaut. Es wurde damit begonnen, das Land, das bisher überwiegend in der Hand von Großgrundbesitzern war, gerecht zu verteilen. Chile ist sehr reich an Bodenschätzen, doch der Reichtum landete größtenteils bei den US-amerikanischen Konzernen, denen die Minen bis dahin gehörten. Die Unidad Popular überführte die Kupferminen in öffentliches Eigentum.

*Wie reagierten die wirtschaftlichen Eliten und die USA auf diese Entwicklung?*

Sowohl rechte Parteien als auch die USA haben die Regierung Allende von Anfang an bekämpft. Noch vor dem Putsch haben sie auf Terror und Sabotage gesetzt. Im Oktober 1972 blockierten reaktionäre, von den USA finanzierte Spediteure das Land. Wer Chile schon einmal auf der Landkarte gesehen hat, weiß, wie leicht das geht. Im Land kam es zu einer Versorgungskrise, aber die chilenischen ArbeiterInnen hielten zu ihrer Regierung. Noch im März 1973 konnten die Parteien der Unidad Popular bei den Parlamentswahlen kräftig zulegen.

*Wie kam es schließlich zum Putsch am 11. September 1973?*

Nachdem es den rechten Kräften und den USA nicht gelungen ist, Allende zu Fall zu bringen, putschte das Militär unter der Führung von Augusto Pinochet. Am Morgen des 11. Septembers ließ das Militär über den Rundfunk eine Erklärung verlesen, in der Allende ein Ultimatum gestellt wurde. Dieser weigerte sich jedoch zurückzutreten. Daraufhin bombardierte die Luftwaffe den Präsidentenpalast La Moneda. Über den letzten freien Radiosender, das „Radio Magallanes“, wandte sich Allende in seiner berühmten letzten Rede an die Bevölkerung. Während man im Hintergrund die

einschlagenden Bomben hörte, schloss Allende seine Rede mit den Worten: „In diesen düsteren und bitteren Augenblicken, in denen sich der Verrat durchsetzt, seid euch sicher, dass sich eher früher als später wieder breite Alleeen öffnen werden, durch die freie Menschen gehen werden, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Arbeiter! Dies sind meine letzten Worte, und ich bin sicher, dass mein Opfer nicht vergeblich sein wird.“ Wenig später beging Allende Suizid. Am 11. September und in den Tagen danach wurden Mitglieder der linken Parteien verhaftet. Tausende wurden im Nationalstadion von Santiago de Chile zusammengepfercht, gefoltert und ermordet. Auch danach gingen die Verhaftungen, Folterungen und Ermordungen weiter. Abertausende flüchteten vor der Repression.

*Wie habt ihr damals in Österreich auf den Putsch in Chile reagiert?*

Es wurden sofort Demonstrationen organisiert – weltweit, nicht nur in Österreich. In Österreich wurde sehr rasch auf Initiative von Herbert Berger die „Chile-Solidaritätsfront“ gegründet. An ihr waren zahlreiche demokratische und antifaschistische Kräfte beteiligt, etwa die Kommunistische Jugend, die Sozialistische Jugend, der VSStÖ, die Katholische Arbeiterjugend, christliche Initiativen und viele andere mehr. In den Jahren danach gab es unzählige Demonstrationen und Veranstaltungen. Oft kamen auch chilenische PolitikerInnen nach Österreich, beispielsweise Hortensia Bussi de Allende, die Witwe von Salvador Allende, oder Luis Corvalán, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles. Zu Gast war auch Estela Ortíz, deren Mann ebenso wie jener der Menschenrechtsanwältin Carmen Hertz ermordet wurde. Carmen Hertz ist heute Abgeordnete für die Kommunistische Partei im chilenischen Kongress.

Darüber hinaus gab es auch praktische Solidarität. Insgesamt kamen knapp 2.000 chilenische Flüchtlinge nach Österreich, um die wir uns gekümmert haben. Es gab ein eigenes Solidaritätskomitee mit den Mapuche, der größten indigenen Gruppe in Chile. Wir haben Spenden für CINTRAS – eine Organisa-



Irene Filip (rechts) bei der Fiesta de los Abrazos, einem Fest der KP Chiles in Santiago de Chile, im Jänner 1995. Links Erika Danneberg, Mitte: Mireya Baltra (Arbeitsministerin der Allende-Regierung).

tion, die Folteropfer und deren Angehörige psychotherapeutisch betreut – gesammelt. Ab den 1980er Jahren haben wir auch den bewaffneten Widerstand, die *Frente Patriótico Manuel Rodríguez*, unterstützt. Sie wurde 1983 gegründet und verübte 1986 das gescheiterte Attentat auf Pinochet. Mitte der 1980er bin ich selbst die ersten Male nach Chile gereist, und auch 1988, also kurz vor dem Ende der Diktatur, um das Kulturfestival Chile Crea zu besuchen. Neben dem uruguayischen Schriftsteller Eduardo Galeano haben daran auch SchriftstellerInnen und Intellektuelle aus Europa teilgenommen, etwa der katalanische Autor Vázquez Montalbán und der damalige französische Kulturminister Jack Lang. In Österreich haben wir Unterstützungserklärungen von Kulturschaffenden gesammelt, etwa bei der Mauthausen-Befreiungsfeier, in deren Rahmen Mikis Theodorakis, Maria Farantouri und Gisela May aufgetreten sind.

#### *Wie hat die Diktatur in Chile geendet?*

Am 5. Oktober 1988 verlor Pinochet eine von ihm angesetzte Volksabstimmung über die Verlängerung seiner Amtszeit. Am 14. Dezember 1989 fanden dann die ersten demokratischen Wahlen statt, aus denen der Christdemokrat Patricio Aylwin als Sieger hervorging. Die Siegesfeier am nächsten Tag war eine mächtige Demonstration aller demokratischen Kräfte.

#### *Wie hast du Chile in den letzten Jahren der Diktatur erlebt?*

Ich habe damals zu verstehen begonnen, was es bedeutet, illegale politische Arbeit zu leisten. Bei den ersten freien Wahlen im Jahr 1989 habe ich die Wahlkämpfe von linken KandidatInnen begleitet und das Land aus erster Hand kennen-

gelernt. Anfang der 1990er war ich vier Monate lang in Chile und hatte die Möglichkeit, in der internationalen Kommission der KP Chiles mitzuarbeiten. Aufgrund dieses Kontakts und der Zusammenarbeit mit Mireya Baltra, der Arbeitsministerin in der Regierung der Unidad Popular, konnte die erste Frauenkonferenz der KP Chiles organisiert werden.

Die Spuren, die die Diktatur hinterlassen hat, sind tief. Es gibt kaum eine linke Familie, in der nicht jemand verschwunden ist, gefoltert oder ermordet wurde bzw. ins Exil gehen musste. Aber auch nach dem Ende der Diktatur war die Repression nicht zu Ende. Noch bis Mitte der 1990er gab es viele politische Gefangene, vor allem jene, die bewaffneten Widerstandsgruppen angehörten. Diese kamen erst sehr spät frei. Aber immerhin war es dann möglich, sie im Gefängnis zu besuchen. So konnte ich etwa die Mitglieder der *Frente Patriótico Manuel Rodríguez* Sergio Buschmann und Belinda Zubicueta in der Haft aufsuchen.

#### *Wie ist Chile mit den Tätern und Opfern umgegangen?*

Es hat sehr lange gedauert, bis die Opfer überhaupt anerkannt wurden. Organisationen wie CINTRAS bekamen keine staatliche Unterstützung für ihre Arbeit. Auch Entschädigungen wurden erst sehr spät ausbezahlt. Aber es entwickelt sich zunehmend eine Erinnerungskultur mit Gedenkstätten, Denkmälern und Veranstaltungen. Die Verfahren gegen die Täter wiederum sind längst nicht abgeschlossen und dauern immer noch an. Die Diktatur hat sich beim Übergang zur Demokratie natürlich abgesichert. Ein gutes Beispiel ist der Liedermacher und Musiker Víctor Jara. Seine Lieder haben uns durch all die Jahre begleitet. Er wurde nur wenige Tage nach

dem Putsch im Nationalstadion von Santiago ermordet, zuvor hatte man ihm seine Finger gebrochen, damit er nicht mehr Gitarre spielen konnte. Die Täter wurden erst im August dieses Jahres verurteilt.

#### *Was hat die Diktatur wirtschaftlich und sozial angerichtet und was davon ist heute noch zu spüren?*

Pinochet hat Chile in das erste Versuchslabor des Neoliberalismus verwandelt. Er holte sich die so genannten „Chicago Boys“, Schüler des neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman, ins Land und baute Chile radikal um. Alle fortschrittlichen Maßnahmen wurde zurückgenommen, die Wirtschaft liberalisiert und privatisiert – nicht nur die Industrien, sondern auch die Gesundheitsversorgung, das Pensionssystem und das Bildungswesen. Aufgrund der Auswirkungen des Neoliberalismus gilt Chile bis heute als eines der ungleichsten Länder der Welt.

#### *Doch dies beginnt sich heute zu ändern.*

2019 gab es einen großen Volksaufstand, ausgelöst durch höhere Ticketpreise bei den öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Wut über die Ungleichheit hat sich spontan entladen. Aber der Weg ist schwierig. Der Versuch, die Verfassung, die noch aus der Zeit der Diktatur stammt, neu zu schreiben, ist vorerst gescheitert. Seit 2022 gibt es mit Gabriel Boric erstmals einen Präsidenten, der von einem Linksbündnis, einschließlich der KP Chiles, unterstützt wird. Die Regierung, der auch KommunistInnen angehören, verfügt aber über keine Mehrheit im Parlament, weshalb sie nicht alle Vorhaben umsetzen kann.

Trotzdem verändert sich einiges. Am 29. August verstarb der Vorsitzende der KP Guillermo Teillier, der nach 1974 selbst zwei Jahre lang inhaftiert und danach illegal im Untergrund tätig war. Er hat wesentlich zur Bildung des Linksbündnisses zur Präsidentenwahl beigetragen. Präsident Boric ordnete daraufhin eine zweitägige Staatstrauer an und stand auch selbst Ehrenwache an seinem Sarg. Dies wäre früher undenkbar gewesen. Die Rechten schäumten, denn Teillier war in den 1980er Jahren verantwortlich für den militärischen Apparat der KP und Verbindungsmann zur *Frente Patriótico Manuel Rodríguez*, die das Attentat auf Pinochet durchgeführt hat. Aber es ist gut, dass ihm Boric und der Staat die Ehre erweisen, denn es gibt ein Recht auf bewaffneten Widerstand gegen eine Diktatur.

# „Der Lifschitz“

## Michail Lifschitz und Georg Lukács über die ästhetischen und literaturtheoretischen Auffassungen von Marx und Engels (Teil II)

PETER GOLLER

1948 erschien in Berlin der „Lifschitz“ als großes Sammelwerk „Karl Marx, Friedrich Engels: Über Kunst und Literatur. Eine Sammlung aus ihren Schriften“ erstmals in deutscher Sprache, herausgegeben vom sowjetischen Literaturwissenschaftler Michail Lifschitz (1905–1983). Der erste Teil dieses Beitrags erschien in der Nr. 2/2023 der *Mitteilungen*. Die im Text angeführten Seitenzahlen beziehen sich auf die 1948 erschienene Ausgabe.

### Realismus I: Shakespeare und Goethe statt Schiller?

In seiner Auseinandersetzung mit dem „wahren Sozialismus“ widersprach Friedrich Engels 1847 Karl Grün, der Johann Wolfgang Goethe auf die Ebene eines Feuerbachschen Humanismus herabbrechen wollte. Goethe ist nach Marx und Engels nicht am „menschlichen“ Maßstab des bürgerlichen Vormärzliberalismus zu messen. Auch wenn Goethe dem deutschen gesellschaftlichen Elend, „einer spießbürgerlichen Scheu vor aller gegenwärtigen großen Geschichtsbewegung“ verfallen ist, auch wenn er sich wiederholt gegen die jakobinisch terroristische und plebejisch sansculottische Phase der Französischen Revolution gewandt hat, und auch wenn Goethe oft „hinter den unbedeutenden Weimarer Minister“ zurückgefallen ist, zählt er mit Shakespeare, Cervantes oder Diderot zu den Wegbereitern des bürgerlichen Realismus. Dies gilt, obwohl Goethe objektiv nicht in der Lage sein konnte, „die deutsche Misere zu besiegen“: „Goethe verhält sich in seinen Werken auf eine zweifache Weise zur deutschen Gesellschaft seiner Zeit. Bald ist er ihr feindlich; er sucht der ihm widerwärtigen zu entfliehen, wie in der ‚Iphigenie‘ und überhaupt während der italienischen Reise, er rebelliert gegen sie als Götz, Prometheus und Faust, er schüttelt als Mephistopheles seinen bittersten Spott über sie aus. Bald dagegen ist er ihr befreundet, ‚schickt‘ sich in sie, wie in der Mehrzahl der ‚Zahmen Xenien‘ und vielen prosaischen Schriften, feiert sie, wie in den ‚Maskenzügen‘, ja verteidigt sie gegen die andrängende geschichtliche

Bewegung, wie namentlich in allen Schriften, wo er auf die französische Revolution zu sprechen kommt. [...] Es ist ein fortwährender Kampf in ihm zwischen dem genialen Dichter, den die Misère seiner Umgebung anekelt, und dem behutsamen Frankfurter Ratsherrenkind, resp. Weimarschen Geheimrat, der sich genötigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen. So ist Goethe bald kolossal, bald kleinlich; bald trotziges, spottendes, weltverachtendes Genie, bald rücksichtsvoller, genügsamer enger Philister.“

Im „Kapital“ spricht Marx 20 Jahre später 1867 im Abschnitt über die „Verwandlung von Mehrwert in Kapital“ vom „faustischen Konflikt zwischen Akkumulations- und Genusstrieb“, der sich „in der Hochbrust des Kapitalindividuum“ abspielt. (Marx-Engels-Werke, i.d.F. MEW, Bd. 23, S. 620) Georg Lukács hat in seinen „Fauststudien“ auf Marx’ Interesse an Goethes historischem Realismus hingewiesen, so wenn Mephistopheles etwa in der Rolle des Hofnarren mitten in einer „zerfallenden feudalen Welt zum Erfinder des Papiergeldes“, von Staatsanleihen wird und durch diese Geldherrschaft erst recht zum beschleunigten Zerfall eines vor dem Staatsbankrott stehenden korrupt feudalen Kaiserreichs beiträgt.<sup>1</sup>

Wie Friedrich Schiller, der vor der hoffnungslosen deutschen Gegenwart in „die große Geschichte des alten Roms“ floh, und der in der Idee des „ästhetischen Staates“ den Widerspruch zwischen den egoistischen bourgeoisen Privatinteressen und dem Kant’schen moralischen Imperativ zu versöhnen suchte, war auch Goethe nach Engels zu „scharfblickend, um nicht zu sehen, wie diese Flucht sich schließlich auf die Vertauschung der platten mit der überschwenglichen Misère reduzierte“, allerdings: „Goethe war zu universell, zu aktiver Natur, zu fleischlich, um in einer Schillerschen Flucht in das Kantsche Ideal Rettung vor der Misère zu suchen.“ (MEW, Bd. 4, S. 232f.; Lifschitz, S. 218f.)

40 Jahre später sprach sich Engels 1888 in seinem Feuerbach-Buch noch einmal gegen Schillers idealistische

Ästhetik aus: „Niemand hat den ohnmächtigen Kantschen ‚kategorischen Imperativ‘ – ohnmächtig, weil er das Unmögliche fordert, also nie zu etwas Wirklichem kommt – schärfer kritisiert, niemand die durch Schiller vermittelte Philisterschwärmerei für unrealisierbare Ideale grausamer verspottet (siehe z.B. die Phänomenologie) als grade der vollendete Idealist Hegel.“ (MEW, Bd. 21, S. 281; Lifschitz, S. 239)

Im Rahmen der „Sickingen-Debatte“ haben Marx und Engels Ferdinand Lassalle 1859 aufgefordert, sich weniger an Friedrich Schillers allgemein argumentativer Rhetorik denn an William Shakespeares realistischer Technik zu orientieren. Dies hätte Lassalle unter anderem dazu führen können, für sein verschlüsseltes, an der gescheiterten bürgerlichen Demokratie von 1848 orientiertes Schauspiel nicht mit Sickingen einen Protagonisten des untergehenden niederen Ritteradels, sondern mit dem Sozialrebell Thomas Münzer einen Anführer des plebejisch-bäuerlichen Widerstandes zu gestalten. Lassalle hätte die „grollende Bauernbewegung“, die „Bundschuhe und den armen Konrad“ besser positionieren können. Im April 1859 schreibt Karl Marx dementsprechend an Lassalle: „Du hättest dann von selbst mehr Shakespeareisieren müssen, während ich Dir das Schillern, das Verwandeln von Individuen in bloße Sprachröhren des Zeitgeistes, als bedeutendsten Fehler anrechne. Bist du nicht selbst gewissermaßen, wie Dein Franz v. Sickingen, in den diplomatischen Fehler gefallen, die lutherisch-ritterliche Opposition über die plebejisch-Münzersche zu stellen? [...] Im einzelnen muss ich hier und da übertriebenes Reflektieren der Individuen über sich selbst tadeln – was von Deiner Vorliebe für Schiller herrührt.“

Friedrich Engels gesteht Lassalle im Mai 1859 zu, dass die handelnden Personen des „Sickingen“ durchaus „Repräsentanten bestimmter Klassen und Richtungen“ sind. Deren Motive wären aber „mehr durch den Verlauf der Handlung selbst lebendig, aktiv, sozusagen naturwüchsig“ zu gestalten und weniger plakativ in „argumentierende Debatte“.

Auch dies wäre mit mehr Blick auf Shakespeare realisierbar gewesen: „Worauf Sie aber nicht, wie mir scheint, den gehörigen Nachdruck gelegt haben, sind die nichtoffiziellen, plebejischen und bäurischen Elemente mit ihrer daneben laufenden theoretischen Repräsentation. Die Bauernbewegung war in ihrer Weise ebenso national, ebenso gegen die Fürsten gerichtet wie die des Adels, und die kolossalen Dimensionen des Kampfs, in dem sie erlag, stechen sehr bedeutend ab gegen die Leichtigkeit, mit der der Adel, Sickingen im Stich lassend, sich in seinem historischen Beruf des Schranzen-tums ergab. Auch für Ihre Auffassung des Dramas, die mir, wie Sie gesehen haben werden, etwas zu abstrakt, nicht realistisch genug ist, scheint mir daher die Bauernbewegung ein näheres Eingehen verdient zu haben; die Bauernszene mit Joß Fritz ist zwar charakteristisch und die Individualität dieses ‚Wühlers‘ sehr richtig dargestellt, allein sie repräsentiert nicht mit hinreichender Wucht, der Adelsbewegung gegenüber, den damals schon hoch anschwellenden Strom der Bauernagitation.“

Hätte Lassalle „über dem Ideellen das Realistische, über Schiller den Shakespeare“ nicht vergessen, so Engels in Kenntnis von Marx' Argument, hätte er auch die „bunte plebejische Gesellschaftssphäre“ zur „Belebung des Dramas [...] ins rechte Licht“ setzen können: „Welch wunderbarlich bezeichnende Charakterbilder gibt nicht diese Zeit der Auflösung der Feudalverbände in den vagierenden Bettlerkönigen, brotlosen Landsknechten und Abenteurern aller Art – ein Falstaffscher Hintergrund, der in einem in diesem Sinn historischen Drama noch effektvoller sein müsste als bei Shakespeare!“ (MEW, Bd. 29, S. 603; Lifschitz, S. 115)

Wenn er schon kein Thomas Münzer-Motiv wählen wolle – Lassalle selbst hielt dies für nicht möglich –, so schien Marx jedenfalls Goethes „miserable“ Götz-Figur historisch realistischer: „Sickingen (und mit ihm Hutten, mehr oder minder) ging nicht unter an seiner Pffiffigkeit. Er ging unter, weil er als Ritter und als Repräsentant einer untergehenden Klasse gegen das Bestehende sich auflehnte oder vielmehr gegen die neue Form des Bestehenden. Streift man von Sickingen ab, was dem Individuum in seiner besondern Bildung, Naturanlage usw. angehört, so bleibt übrig – Götz von Berlichingen. In diesem letzteren miserablen Kerl ist der tragische Gegensatz des Rittertums gegen Kaiser und

Fürsten in seiner adäquaten Form vorhanden, und darum hat Goethe mit Recht ihn zum Helden gemacht.“ (MEW, Bd. 29, S. 591f.; Lifschitz, S. 111f.)<sup>2</sup>

### Bürgerlicher Realismus II: Cervantes – Diderot – Balzac

Von Shakespeare, Cervantes, Diderot oder Goethe ausgehend zeichneten Marx und Engels über viele Werk- und Korrespondenzstellen verstreut eine Linie zum bürgerlichen Realismus des 19. Jahrhunderts. Mit Miguel Cervantes' „Leben und Taten des scharfsinnigen Edlen Don Quijote von La Mancha“ zogen Marx und Engels schon 1845 in der „Deutschen Ideologie“ gegen Max Stirners „Einzigens“ ins Feld. Für eine geplante Arbeit zum gescheiterten Übergang des kolonialistischen spanischen Weltimperiums in die kapitalistische Moderne half Marx der „Don Quijote“ „auf die Sprünge“. (MEW, Bd. 10, S. 389)

Den bürgerlichen politischen Ökonomen fehlt es an Verständnis für vorkapitalistische Produktionsformen, die sie abhandeln wie „die Kirchenväter vorchristliche Religionen“. Es fehlt ihnen an wirklichem Verständnis der Differenz von „Sklavenarbeit“ und „Lohnarbeit“, so Marx 1867 im Abschnitt über den „Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis“: Allein „schon Don Quixote [hat] den Irrtum gebüßt, dass er die fahrende Ritterschaft mit allen ökonomischen Formen der Gesellschaft gleich verträglich wählte.“ (MEW, Bd. 23, S. 96)

Es sprach für Cervantes' Realismus, wenn Marx glaubte, in einem Werk der Phantasie, der wahnhaften Welt der erledigten Ritterromane Aufklärung über die spanische Geschichte zu finden. Ähnliches gilt für die Sozialsatire von Jonathan Swift oder für die Kritik der von Marx aus Daniel Defoes Werk hergeleiteten „Robinsonaden“ der politischen Ökonomie des 18. Jahrhunderts.<sup>3</sup>

Im April 1869 sandte Marx ein Exemplar von Denis Diderots „Rameaus Nefte“ an Engels mit dem „old Hegel“ entlehnten Hinweis auf die sich darin „ausprechende Zerrissenheit des [bürgerlichen Citoyen-] Bewusstseins“ als dem „Hohngelächter über das Dasein sowie über die Verwirrung des Ganzen und über sich selbst“, auf das in „ungebildeter Gedankenlosigkeit“ endende „ehrliche Bewusstsein“, – Marx weiter Hegel zitierend: „Der Inhalt der Rede des Geistes von und über sich selbst ist also die Verkehrung aller Begriffe und Realitäten, der allgemeine Betrug seiner selbst und der Andern, und die Schamlosigkeit,

diesen Betrug zu sagen, ist eben darum die größte Wahrheit [...]. Dem ruhigen Bewusstsein, das ehrlicher Weise die Melodie des Guten und Wahren in die Gleichheit der Töne, d.h. in Eine Note setzt, erscheint diese Rede als ‚eine Faselerei von Weisheit und Tollheit‘ etc.“ (MEW, Bd. 32, S. 303; Lifschitz, S. 185)

1854 fand Marx im Realismus der englischen „gegenwärtigen glänzenden Schule der Romanschriftsteller“ viel „mehr politische und soziale Wahrheit enthüllt“, als bei allen ökonomischen Publizisten zusammen. Unter einigen anderen hat ein Charles Dickens „jede Schicht der Bourgeoisie beschrieben, vom ‚allervornehmsten‘ Rentier und Inhaber von Staatspapieren [...] bis zum kleinen Ladenbesitzer und Advokatengehilfen. Und wie haben Dickens, Thackeray, Fräulein Bronte und Frau Gaskell sie gezeichnet. Voller Anmaßung, Heuchelei, kleinlicher Tyrannei und Ignoranz“. Im „Kapital“ ließ Marx 1867 den „berühmten Gurgelschneider“ Bill Sikes aus Dickens' „Oliver Twist“ auftreten, um die ausbeuterisch „kapitalistische Anwendung der Maschinerie“ zu verdeutlichen. (MEW, Bd. 10, S. 648 und Bd. 23, S. 465f.; Lifschitz, S. 231)<sup>4</sup>

Im dritten Band des „Kapital“ wiederholt Marx an Hand von Honoré de Balzacs „Bauern“-Roman die Einschätzung, wonach die bürgerlichen Realisten mehr gesellschaftliche Wahrheit bieten als alle akademische Gelehrsamkeit. Das Unglück der in die kapitalistische Warenwirtschaft gerissenen kleinen, teils Frondienste, teils ruinöse Zinsdienste leistenden Parzellenbauern und der landproletarischen Massen wird von Balzac bis in das letzte Detail beschrieben: „In seinem letzten Roman, den ‚Paysans‘, stellt Balzac, überhaupt ausgezeichnet durch tiefe Auffassung der realen Verhältnisse, treffend dar, wie der kleine Bauer, um das Wohlwollen seines Wucherers zu bewahren, diesem allerlei Arbeiten umsonst leistet und ihm damit nichts zu schenken glaubt, weil seine eigne Arbeit ihm selbst keine bare Auslage kostet. Der Wucherer seinerseits schlägt so zwei Fliegen mit einer Klappe. Er erspart bare Auslage von Arbeitslohn und verstrickt den Bauer, den die Entziehung der Arbeit vom eignen Feld fortschreitend ruiniert, tiefer und tiefer in das Fangnetz der Wucherspinne.“ Zu Balzacs Figur des irrational schatzhortenden, die Logik der kapitalistischen Akkumulation grotesk missverstehenden Wucherers Gobseck merkte Marx schon 1867 an: „So ist bei Balzac, der alle

Schattierungen des Geizes so gründlich studiert hatte, der alte Wucherer Gobseck schon verkindischt, als er anfängt, sich einen Schatz aus aufgehäuften Waren zu bilden.“ (MEW, Bd. 25, S. 49 und Bd. 23, S. 615; Lifschitz, S. 230)

Friedrich Engels spricht 1888 von Balzac als einem „weit größeren Meister des Realismus“ – „alle Zolas passés, présents et à venir“ überragend: Der monarchistisch gesinnte Adelige Balzac „gibt uns in ‚La Comédie humaine‘ eine wunderbar realistische Geschichte der französischen ‚Gesellschaft‘, indem er in der Art einer Chronik fast Jahr für Jahr von 1816 bis 1848 die fortschreitenden Einbrüche der aufsteigenden Bourgeoisie in die Gesellschaft der Adligen schildert, die sich nach 1815 rekonstituierte und, soweit sie es vermochte, den Standard der *vieille politesse française* wieder herstellte. Er schildert, wie die letzten Überreste dieser für ihn musterhaften Gesellschaft allmählich dem Eindringen des vulgären, reichen Emporkömmlings nachgaben oder von ihm zersetzt wurden.“

Wie Marx sieht Engels im reaktionären Legitimisten und royalistischen Adelsfreund Balzac den präzisen Anatomen der bürgerlichen Gesellschaft. Er zieht Balzacs literarische Bilder vielen historischen, sozialwissenschaftlichen und nationalökonomischen Studien vor, denn Balzac bietet „eine vollständige Geschichte der französischen Gesellschaft, aus der ich, sogar in den ökonomischen Einzelheiten (zum Beispiel die Neuverteilung des beweglichen und unbeweglichen Eigentums nach der Revolution) mehr gelernt habe als von allen berufsmäßigen Historikern, Ökonomen und Statistikern dieser Zeit zusammengenommen. Gewiss, Balzac war politisch ein Legitimist, sein großes Werk ist ein ständiges Klagelied über den unaufhaltsamen Verfall der guten Gesellschaft; alle seine Sympathien gehören der Klasse, die zum Untergang verurteilt ist. Aber trotz alledem ist seine Satire niemals schärfer, seine Ironie niemals bitterer, als dann, wenn er eben die Männer und Frauen in Bewegung setzt, mit denen er zutiefst sympathisiert, – die Adligen. Und die einzigen Leute, von denen er immer mit unverhohlener Bewunderung spricht, sind seine schärfsten politischen Gegner, die republikanischen Helden vom *Cloître Saint Méry*, die Männer, die zu dieser Zeit (1830 bis 1836) in der Tat die Vertreter der Volksmassen waren.“

Größe und Triumph von Balzacs Realismus bestehen für Engels gerade darin, dass er gegen die eigenen Klasseninter-

essen anzuschreiben vermag: „Dass Balzac so gezwungen war, gegen seine eigenen Klassensympathien und politischen Vorurteile zu handeln, dass er die Notwendigkeit des Untergangs seiner geliebten Adligen sah und sie als Menschen schilderte, die kein besseres Schicksal verdienen; und dass er die wirklichen Menschen der Zukunft dort sah, wo sie damals allein zu finden waren, – das betrachte ich als einen der größten Triumphe des Realismus und als einen der großartigsten Züge des alten Balzac.“ (MEW, Bd. 37, S. 43f.; Lifschitz, S. 105f.)

Was Balzac für Marx und Engels ist, das sollte Tolstoi für Lenin werden. Obwohl Tolstoi wie Balzac mystisch vernunftfeindliche, rückschrittliche und offen revolutionsfeindliche Positionen vertritt, zeichnet er als großer Realist die russische Dorfarmut, die Unterjochung und Hörigkeit der Kleinbauern, die patriarchalische ländliche Abhängigkeit und die Korruption der russischen Grundbesitzereliquen nach. Obwohl Tolstoi sich als asketischer „Narr in Christo gefällt“, eine erneuerte Religion „des Verzichts“ predigt und jeden sozialen Widerstand ablehnt, zeichnet Tolstoi ein Bild von der barbarischen „ursprünglichen Akkumulation“, in die das „alte patriarchalische“ Russland seit 1861 unter dem Einfluss des internationalen Finanzkapitals hineingerissen worden war. Aller reaktionären Gesinnung, aller „widerwärtigen Pfäfferei“ zum Trotz findet Lenin 1908 in Tolstois Werk „nüchternsten Realismus“, das „Herunterreißen jeglicher Masken“, „aufrichtigen Protest gegen gesellschaftliche Verlogenheit und Heuchelei“, sowie „schonungslose Kritik an der kapitalistischen Ausbeutung, Entlarvung der Gewalttaten der Regierung, der Justiz- und Staatsverwaltungskomödie“ vor.<sup>5</sup>

Marx und Engels hielten wenig vom sentimental sozialen Elends- und Kollportageroman im Stil von Eugène Sues „Geheimnissen in Paris“, dem sie 1845 in der „Heiligen Familie“ zwar zubilligten, dass er in seinen Fortsetzungs-



Michail Lifschitz (1905–1983)

geschichten als einer der Ersten die proletarische Armut erfasst und durchaus Elend und Demoralisierung, die auf den „niedereren Klassen“ in den Großstädten lasten“, beschrieben hat. Allein Sue lasse das „niederträchtige Bewusstsein“ der Plebejer nicht zum „empörten Bewusstsein“ anwachsen. Er verwandelt es vielmehr in eine billige, von bürgerlich-adeliger Gönnergesinnung gegängelte Spießbürgermoral. Sue sucht die Ausöhnung mit der bürgerlichen Gesellschaft, indem er von einer gerade in Armut und Elend bewahrten Seelenschönheit schwadroniert.

Auch ein Victor Hugo entspricht mit seiner moralisierenden Tendenz als Gegner des bonapartistischen Staatsstreichs von 1851 nicht Marx' Ansprüchen an einen kritischen Realismus: „Victor Hugo beschränkt sich [in seinem ‚Napoléon le Petit‘] auf bittere und geistreiche Invektive gegen den verantwortlichen Herausgeber des Staatsstreichs. Das Ereignis selbst erscheint bei ihm wie ein Blitz aus heitrier Luft. Er sieht darin nur die Gewalttat eines einzelnen Individuums. Er merkt nicht, dass er dies Individuum groß statt klein macht, indem er ihm eine persönliche Gewalt der Initiative zuschreibt, wie sie beispiellos in der Weltgeschichte dastehen würde.“ Marx hingegen geht es 1852 in seinem „achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“

darum zu zeigen, „wie der Klassenkampf in Frankreich Umstände und Verhältnisse schuf, welche einer mittelmäßigen und grotesken Personage das Spiel der Heldenrolle ermöglichen“. (MEW, Bd. 8, S. 358; Lifschitz, S. 212)

### Realismus und Tendenz?

Friedrich Engels selbst erklärte wiederholt, durchaus kein Gegner einer Tendenzpoesie zu sein, aber sie darf nicht plakativ demonstrativer Art sein. Sie darf nicht abstrakt allgemein in das bloß subjektiv Gesinnungshafte abgleiten. Parteilichkeit – Tendenz – sei an sich noch kein Widerspruch zum Realismus, aber: „Je mehr die Ansichten des Autors verborgen bleiben, desto besser für das Kunstwerk.“

Sowohl Aischylos, der „Vater der Tragödie“ als auch Aristophanes, „der Vater der Komödie“, seien „starke Tendenzpoeten, nicht minder Dante und Cervantes“, so der späte Engels 1885: Und „es ist das Beste an Schillers ‚Kabale und Liebe‘, dass sie das erste deutsche politische Tendenzdrama ist. Die modernen Russen und Norweger, die ausgezeichnete Romane liefern, sind alle Tendenzdichter. Aber ich meine, die Tendenz muss aus der Situation und Handlung selbst hervorspringen, ohne dass ausdrücklich darauf hingewiesen wird, und der Dichter ist nicht genötigt, die geschichtliche zukünftige Lösung der gesellschaftlichen Konflikte, die er schildert, dem Leser in die Hand zu geben.“ Der künftige „sozialistische Tendenzroman“ erfülle „seinen Beruf, wenn er durch treue Schilderung der wirklichen Verhältnisse die darüber herrschenden konventionellen Illusionen zerreißt, den Optimismus der bürgerlichen Welt erschüttert, den Zweifel an der ewigen Gültigkeit des Bestehenden unvermeidlich macht, auch ohne selbst direkt eine Lösung zu bieten, ja unter Umständen ohne selbst Partei ostensibel zu ergreifen.“ (MEW, Bd. 36, S. 394; Lifschitz, S. 102)

### Das revolutionäre politische Volkslied

Zeitlebens studierten Marx und Engels die Tradition des (politischen) Volksliedes, des sozialrebellischen Kampfliedes. 1865 übersetzte Engels für den „Social-Demokraten“ das aus der Zeit des „mittelalterlichen Bauernkrieges“ stammende altdänische, sozial widerständige Volkslied „Herr Tidmann“: „In einem Lande wie Deutschland, wo die besitzende Klasse ebensoviele Feudaladel wie Bourgeoisie und das Proletariat ebensoviele

oder mehr Ackerbau-Proletarier als industrielle Arbeiter enthält, wird das kräftige alte Bauernlied grade am Platze sein.“ (MEW, Bd. 16, S. 33f.; Lifschitz, S. 240)

1885 wird Engels das aus der Zeit der Reformation und Bauernkriege stammende Trutzlied „Ein‘ feste Burg ist unser Gott“ als Kampflied der aufständischen Bauern und Plebejer empfehlen und zur „Marseillaise des Bauernkriegs“ erklären. Zur revolutionären Dichtung der Vergangenheit merkt Engels an: „Überhaupt ist die Poesie vergangener Revolutionen (die ‚Marseillaise‘ stets ausgenommen) für spätere Zeiten selten von revolutionärem Effekt, weil sie, um auf die Massen zu wirken, auch die Massenvorurteile der Zeit wiedergeben muss – daher der religiöse Blödsinn selbst bei den Chartisten.“ (MEW, Bd. 36, S. 314f.; Lifschitz, S. 241)

Schon 1845 hat Engels in der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ revolutionäre Chartistenlieder wider das Lohnsklaventum, gegen das Fabrikssystem von „König Dampf“ beschrieben, – die Fabrikherren, die „weiße Sklaven“ schaffen, denen Kinder „Fraß sind“, die „Gold aus Blut zaubern“: „Stürzen muss sie des Volkes Zorn / Wie das Scheusal, ihren Gott“. Engels fügt an: „Der Leibeigene opfert sich seinem Herrn im Kriege – der Fabrikarbeiter im Frieden. Der Herr der Leibeigenen war ein Barbar, er betrachtete seinen Knecht wie ein Stück Vieh; der Herr des Arbeiters ist zivilisiert, er betrachtet diesen wie eine Maschine.“ (MEW, Bd. 2, S. 405f.; Lifschitz, S. 242f.)

Im Sommer 1844 hat Marx auf das revolutionäre Lied „Das Blutgericht“, das wenige Wochen zuvor am Vorabend des schlesischen Weberaufstandes anonym entstanden ist, verwiesen: „Zunächst erinnere man sich an das Weberlied, an diese kühne Parole des Kampfes, worin Herd, Fabrik, Distrikt nicht einmal erwähnt werden, sondern das Proletariat sogleich seinen Gegensatz gegen die Gesellschaft des Privateigentums in schlagender, scharfer, rücksichtsloser, gewalttätiger Weise herausschreit.“ Das Lied der Weberbewegung zeigt „theoretischen und bewussten Charakter“. (MEW, Bd. 1, S. 404; Lifschitz, S. 244) Engels wiederum setzte 1850 seinem Rückblick auf die Revolution „Die deutsche Reichsverfassungskampagne“ einen variierten Refrain aus dem „Heckerlied“ in Erinnerung an den südwestdeutschen Revolutionär Friedrich Hecker voran: „Hecker, Struve, Blenker, Zitz und Blum / Bringt die deutschen Fürsten um!“

(MEW, Bd. 7, S. 111 und Bd. 36, S. 314f.; Lifschitz, S. 241f.)

### Politische Vormärzdichtung

Nach ihrem sukzessiven Übergang auf Positionen der proletarisch sozialistischen Demokratie ab 1843/44 orientierten Marx und Engels vermehrt auf die politische Vormärz-Dichtung, auf die revolutionäre Lyrik und „Tendenzpoesie“ im Umfeld von Heinrich Heine, Georg Herwegh oder Ferdinand Freiligrath.

Ferdinand Freiligraths politische Lyrik fand Marx’ und Engels’ Anerkennung allerdings nur für die wenigen Momente, in denen Freiligrath als (proletarisch) revolutionärer Dichter gelten konnte, so 1848 als Redakteur der *Neuen Rheinischen Zeitung*. In den Jahren unmittelbar vor 1848, in denen Freiligrath zeitweise sogar glaubte, der Poet müsse auf einer „höheren Warte“ über „den Zinnen“ einer politischen Partei stehen, galt er Engels als harmloser „wahrer Sozialist“, in den postrevolutionären Exiljahren nach 1848 galt er Marx als Renegat im Lager der bürgerlichen Demokratie.

Engels ordnet Freiligraths Gedichtsammlung „Ca ira“ 1847 als eine revolutionäremütliche „deutsche Marseillaise“ der Literatur des „wahren Sozialismus“ zu: „„Auf des Besitzes Silberflotten / Richte kühn der Kanonen Schlund / Auf des Meeres rottigem Grund / Lass der Habsucht Schätze verrotten.“ Das ganze Lied ist übrigens so gemütlich abgefasst, dass es trotz des Versmaßes am besten nach der Melodie ‚Auf Matrosen, die Anker gelichtet‘ zu singen ist.“ Wenn „Freiligrath eine Revolution macht“, dann geht alles „so rasch, so flott, dass über der ganzen Prozedur gewiss keinem einzigen Mitglied des ‚Proletarier-Bataillons‘ die Pfeif ausgegangen ist. Man muss gestehen, nirgends machen sich die Revolutionen mit größerer Heiterkeit und Ungezwungenheit als im Kopf unseres Freiligrath.“ Nur reaktionäre Blätter können – so Engels – in „solch einer unschuldigen, idyllischen [Freiligrath’schen] Landpartie Hochverrat wittern“. (MEW, Bd. 4, S. 278f.; Lifschitz, S. 268f.)

1859 sprach Marx vom „dicken Philister Freiligrath“, der im Jubiläumsjahr einem bürgerlichen Schillerkult verfallen ist, der sich in diversen Emigrantenzirkeln gegen die Mitglieder des ehemaligen „Bundes der Kommunisten“ an die Seite des nationalliberalen „Belletristenpack“ gestellt hat, der zum „Familienpoeten“ verkommen ist, der 1860 in einem Brief an Marx wieder einmal sei-

ne „Freiheit“ als Poet einmahnt und glaubt, dass die sozialistische Partei ein Käfig sei und es sich deshalb „besser draus als drin“ singt.

Schlussendlich wird Freiligrath 1870/71 zum Epigonen eines Bismarckianertums, zum Verherrlicher des preußischen Kriegs gegen Frankreich und somit zum Sänger auf das „stolze Weib Germania“: „Freiligrath: ‚Hurra! Germania!‘ Auch ‚Gott‘ fehlt nicht in seinem mühsam herausgefürzten Gesang und der ‚Gallier‘.“ Und Marx fügt seinem Brief an Engels am 22. August 1870 vor dem Hintergrund des deutsch-französischen Krieges mit Shakespeares „König Heinrich IV.“ an: „Lieber wär‘ ich ein Kätzchen und schrie Miau / Als solch ein Versballadenkrämmer!“ (MEW, Bd. 33, S. 47; Lifschitz, S. 378 und 408)<sup>6</sup>

Karl Marx interessierte sich Anfang der 1840er Jahre für Georg Herweghs soziale Poesie. Gewissen Anzeichen zufolge studierte Herwegh den utopischen Sozialismus von Charles Fourier. Herwegh wandte sich aber rasch von allen sozialistischen Idealen ab. Er reagierte etwa 1844 schon nicht mehr auf den schlesischen Weberaufstand. Auch Herweghs Beteiligung an einer „Deutschen demokratischen Legion“, die 1848 im deutschen Südwesten mit Waffengewalt einen revolutionären Umsturz herbeiführen wollte, wurde von Marx als putschistisches Abenteuererium abgelehnt. Nach dem Scheitern der „Legion“ stand Herwegh abseits der weiteren Revolutionsbewegung. 1859 protestierte Marx, weil in einem demokratischen Blatt ein „hurrapatriotisches Saugedicht“ von Herwegh abgedruckt worden war. Herweghs in den 1860er Jahren einsetzende Rückkehr zum (Lassalle’schen) „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, seine Sympathie für die 1864 gegründete „Internationale Arbeiterassoziation“ und vor allem Herweghs 1863 entstandenes „Bundeslied“ („Mann der Arbeit aufgewacht! / Und erkenne Deine Macht! / Alle Räder stehen still, / Wenn Dein starker Arm es will.“) wurde von Marx und Engels nicht mehr kommentiert. (MEW, Bd. 29, S. 466; Lifschitz, S. 368)<sup>7</sup>

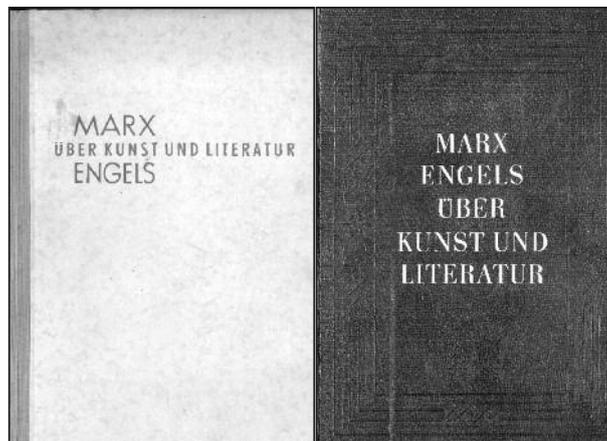
Heinrich Heines Zögern, sich konsequent der proletarisch-revolutionären Demokratie anzuschließen, und sein ständiges ambivalentes Schwanken zwischen Angst vor dem Kommunismus und seiner Sympathie zu ihm, zwischen seiner Furcht, die kultur- und zivilisationsfeindlichen Proletarier könnten „seine Lorbeerhaine zerstören und dort Kar-

toffeln pflanzen“, und seiner Forderung „für alle Menschenkinder, auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust!“, änderte nichts an Marx’ und Engels’ Naheverhältnis zu Heines politischer Lyrik. 1844 konnte Heines „Deutschland. Ein Wintermärchen“ über Marx’ Vermittlung im Pariser Exil-*Vorwärts* in Fortsetzungen erscheinen.

Friedrich Engels – 1839 noch Gegner von Heines „Anti-Börne“ – übersetzte 1844 für die von Robert Owen gegründete Londoner „New Moral World“ Heinrich Heines „Weberlied“ („Die schlesischen Weber“) ins Englische. Engels erklärt, dass sich Heine, „der hervorragendste unter allen lebenden deutschen Dichtern“ sich „uns angeschlossen“ hat und einen „Band politischer Lyrik“ veröffentlicht hat, „der auch einige Gedichte enthält, die den Sozialismus verkünden“. (MEW, Bd. 2, S. 509–513)<sup>8</sup>

Hat Karl Marx 1844 Wilhelm Weitlings „Garantien der Harmonie und Freiheit“ (1842) als das „brillante literarische Debut der deutschen Arbeiter“ bezeichnet (MEW, Bd. 1, S. 405), so spricht Friedrich Engels 1883 von Georg Weerth als dem „ersten und bedeutendsten Dichter des deutschen Proletariats“. Engels veröffentlicht 1883 im „Sozialdemokrat“ aus dem gefährdet zerstreuten Nachlass Weerths „Handwerksburschenlied“ (1846). Über Weerth, der 1848 als Feuilletonredakteur der *Neuen Rheinischen Zeitung* „Leben und Thaten des berühmten Ritters Schnapphahnski“ veröffentlichte, merkt Engels an, dass „seine sozialistischen und politischen Gedichte“ – wie das „Hungerlied“ [„Verehrter Herr und König, / Weißt du die schlimme Geschichte? / Am Montag aßen wir wenig / Und am Dienstag aßen wir nicht. [...] Drum lass am Samstag backen / Das Brot, fein säuberlich / Sonst werden wir sonntags packen / Und fressen, o König, dich!“] – mit ihrer plebejisch-proletarischen „robusten“ Sinnlichkeit an „Fleischeslust“ und Kampfkraft jenen „Freiligraths an Originalität, Witz und namentlich an sinnlichem Feuer weit überlegen“ sind: „Er wandte oft Heinesche Formen an, aber nur, um sie mit einem ganz originellen, selbständigen Inhalt zu erfüllen.“

Weerths Zeilen von der Arbeiterklasse, die „selbst den Fels beiseite rollt“, die



Erste und sechste Auflage der von Michail Lifschitz herausgegebenen Publikation (1948 und 1953)

sich „mit dem Schwert aus den Ketten“ rettet, zeigen proletarisch-revolutionären Charakter. Weerth hat die ersten klassenbewussten Proletarier der deutschen Literatur gezeichnet. Die Arbeiter, die Handwerksburschen in Weerths Gedichten sind klassenbewusst draufgängerische, teils schon internationalistisch gesinnte Proletarier. So beschreibt Weerth englische Arbeiter, die den Aufstand der schlesischen Weber begrüßen. (MEW, Bd. 21, S. 5–8; Lifschitz, S. 409–411)<sup>9</sup>

#### Anmerkungen:

1/ Vgl. Georg Lukács: Goethe und seine Zeit. Bern 1947, S. 161f.

2/ Vgl. Michail Lifschitz: Die Diskussion der tragischen Idee zwischen Marx, Engels und Lassalle (1931), in: Sickingen-Debatte. Ein Beitrag zur materialistischen Literaturtheorie, hg. von Walter Hinderer. Darmstadt, Neuwied 1974, S. 150–158.

3/ Vgl. Werner Krauss: Miguel Cervantes. Leben und Werk. Neuwied, Berlin 1966, S. 220f.

4/ Vgl. Manfred Naumann: Literatur im „Kapital“. Berlin 1979 (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 1979, Bd. 2/G).

5/ Zu Lenin über Tolstoi vgl. Marx, Engels, Lenin. Über Kultur, Ästhetik, Literatur, hg. von Hans Koch. Leipzig 1975, S. 670f.

6/ Über den „Fall Freiligrath“ vgl. Georg Lukács: Franz Mehring 1846–1919, in: ders.: Beiträge zur Ästhetik. Berlin 1954, S. 318–403, hier S. 386–395.

7/ Vgl. Wolfgang Büttner: Georg Herwegh. Ein Sänger des Proletariats. Berlin 1976.

8/ Näher zu Heines Schwanken zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie und auch zu Karl Kraus’ „Heine und die Folgen“ vgl. Georg Lukács: Heinrich Heine als nationaler Dichter (1935), in: ders.: Deutsche Literatur in zwei Jahrhunderten. Neuwied, Berlin 1964 (Werke, Bd. 7), S. 273–333.

9/ Vgl. Georg Weerth: Gedichte. Berlin 1956 (Sämtliche Werke, Bd. 1), S. 182–185, 193 und 220–226.

# Hitler und die „westlichen Werte“

Vor 50 Jahren erschien Joachim Fests „Hitler“

KARL WIMMLER

Im Jahr 1973 erschien in der Bundesrepublik Deutschland ein 1.190 Seiten starkes Buch mit dem knappen Titel „Hitler“. Autor war der Journalist und Historiker Joachim C. Fest (1926–2006). Dieser hatte nach 1945 eine nahezu klassische westdeutsche Intellektuellenkarriere absolviert: Studium in Freiburg/Br., Frankfurt am Main und West-Berlin, Arbeit bei RIAS Berlin (Rundfunk im amerikanischen Sektor), Bezirksabgeordneter der CDU, Journalist beim Norddeutschen Rundfunk (NDR), Autor von „Hitler“, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ). Seine Darstellung des Anführers der Deutschen reproduzierte nicht nur deren bis lange nach dem Krieg anhaltende Faszination für diesen, sondern beschrieb Hitler als „große weltgeschichtliche Persönlichkeit“. Das ließen sich die medialen Marktschreier nicht zwei Mal sagen und hypten das im Ullstein-Verlag erschienene Werk dementsprechend. Dass darin von den Nürnberger Rassengesetzen keine Rede war, die Vernichtung der kommunistischen und sozialdemokratischen Opposition marginalisiert, der Novemberpogrom des Jahres 1938 lediglich gestreift und die Darstellung der Massenmorde an Juden, Roma und anderen „Untermenschen“ derart kurz ausfiel, dass spätere sich darauf beziehende faschistoide Politiker von einem „Fliegenschiss“ reden konnten, passte noch in den dominierenden Zeitgeist der Bundesrepublik der 1970er Jahre.

Allerdings gab es auch damals Einwände gegen eine derart abseitige Geschichtsschreibung. Sie wurden weithin mit der Rechtfertigung abgetan, dass das Werk den (unscheinbaren) Untertitel „Eine Biographie“ trägt. Dieser ist jedoch irreführend, zumal Joachim Fest den Nazifaschismus, seine Entstehung und seinen Verlauf als Sache seines „Helden“ beschreibt, womit er sowohl die übrigen Beteiligten als auch die Förderer und Profiteure des Nationalsozialismus kleinredet. Heutzutage scheinen dies alles lässliche Sünden zu sein. Die auf Amazon abrufbare Verlagsinformation preist die Hitler-Biographie beispielsweise so an: „Seinerzeit ein bahnbrechendes Werk der Hitler-Forschung, gilt sie noch heute als maßgeblich und

unerreicht. Neben der brillanten Deutung des Diktators ist es vor allem das hohe literarische Niveau, das diese Biographie auszeichnet.“

## Hitler, eine Liebeserklärung

Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki schrieb ein Vierteljahrhundert später über Fests Hitler-Biographie: „Auf dem schwarzen Umschlag war mit großen weißen Buchstaben der lapidare Titel gedruckt: Hitler. Was diese Ausstattung des Buches suggerieren sollte, worauf hier mit Entschiedenheit Anspruch erhoben wurde, konnte man nicht verkennen: Pathos war es und Monumentalität.“ Reich-Ranicki erzählt in seinen Erinnerungen noch eine Ungeheuerlichkeit. Eben FAZ-Kollegen geworden, lud Fest auch Reich-Ranicki zur Buchpräsentation ein. Dort traf dieser ohne Vorwarnung auf Fests Freund Albert Speer, den einstigen NS-Rüstungsminister und Hitler-Vertrauten, dessen Erinnerungen Fest Ende der 1960er Jahre herauszugeben geholfen hatte. „Tosia [Reich-Ranickis Frau, Anm.] wurde blass. [...] Dieser dezente Herr war ein Verbrecher [...]. Noch unlängst hatte er zu den engsten Mitarbeitern und Vertrauten Adolf Hitlers gehört. Speer sah es offensichtlich mit Genugtuung. Verschmitzt lächelnd blickte er auf das feierlich aufgebaarte Buch und sagte bedächtig und mit Nachdruck: ‚Er wäre zufrieden gewesen, ihm hätte es gefallen.‘“<sup>1</sup>

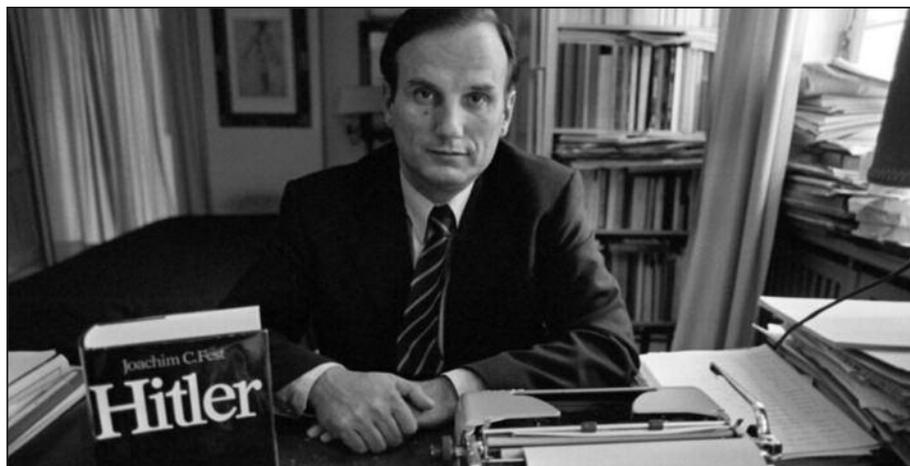
Der Erfolg des Buches spornte Joachim Fest an. Ein Film musste folgen: „Hitler – Eine Karriere“, 1977 ebenso gehyped, ebenso monumental, ebenso mit Pathos überfrachtet wie später auch der Geschichtsfilm „Der Untergang“ (2004), der Fests Hitler-Biographie als Vorlage nutzte. Nachdem der Verleger Helmut Kindler „Hitler – Eine Karriere“ gesehen hatte, rief er tags darauf empört seinen Autor Sebastian Haffner an.<sup>2</sup> Dieser renommierte Journalist und Autor zahlreicher historischer Bücher hatte 1938 nach England emigrieren müssen, war dort Leiter der deutschsprachigen *Londoner Zeitung*, Mitarbeiter des *Observer* (bis 1961) und lebte seit 1954 in West-Berlin als Kolumnist für *Die Welt*, den *Stern* und *konkret*. Unmittelbar nach dem Telefonat mit Kindler begann Haff-

ner mit der Arbeit an seinen „Anmerkungen zu Hitler“, die 1978 veröffentlicht wurden und auf knapp 200 Seiten eine derart bestechende Gegenschrift zu Fest darstellen, dass das Werk auch ohne viel Propaganda eine weite Verbreitung fand. Haffner erhielt dafür noch im selben Jahr den Heinrich-Heine-Preis der Stadt Düsseldorf, einen der bedeutendsten Preise für Literatur- und Kulturschaffende.

Bei dieser Gelegenheit sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Joachim Fest 1986 als Kulturchef der FAZ den „Historikerstreit“ vom Zaun brach, indem er den damals berüchtigten Beitrag „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ des Historikers Ernst Nolte publizierte. Nolte stellte den Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus als eine Reaktion auf den Bolschewismus dar, der von den Nazis gerne „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“ genannt wurde. Fest machte sich dabei nicht nur zu Noltés Parteigänger, sondern trieb dessen Argumente auf die Spitze: Das deutsche Auschwitz sei nichts anderes als eine Kopie der sowjetischen Gulags mit dem technischen Unterschied der Gaskammern. Bis dahin war derartiges Gerede (ausgenommen die von diesen auch damals noch bestrittenen Gaskammern) die Spezialität von Ex-Nazis, Neonazis und anderen aus der rechten Ecke. Tatsächlich sei es „völlig ungerechtfertigt“, so Eric Hobsbawm in seinem Werk über „Das Zeitalter der Extreme“, „sich mit der Behauptung reinwaschen zu wollen – wie es einige deutsche Historiker in den achtziger Jahren versucht haben –, dass die faschistische Barbarei nur ein Abbild der Barbarei gewesen sei, die die Russische Revolution zuvor verübt habe, und dass der Faschismus diesen Vorgänger nur imitiert habe.“<sup>3</sup>

## Fests Geschichtsrevisionismus heute

Nun sollte man allerdings nicht vergessen, dass die Position der Noltés heutzutage von den Vertretern der „westlichen Werte“ faktisch übernommen wurde. Die im September 2019 beschlossene Resolution des Europäischen Parlaments „zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“ behauptet, dass Nazideutsch-



Historiker Joachim Fest mit der von ihm verfassten Biographie über Adolf Hitler

land und die Sowjetunion „gleichermaßen das Ziel der Welteroberung“ verfolgt hätten und zu gleichen Teilen für abscheuliche „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verantwortlich seien. Dass der Zweite Weltkrieg die „unmittelbare Folge des berüchtigten Nichtangriffsvertrages zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion vom 23. August 1939“ gewesen sei, wie in der Entschließung behauptet wird, war Ernst Nolte und Joachim Fest in den 1980er Jahren noch etwas zu weit hergeholt. Aber sicherlich hätten sie begeistert dem EU-Parlament applaudiert, den 23. August als „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer totalitärer Regime“ zu verordnen. War doch das Totalitarismusgeschwätz gerade in Westdeutschland schon bald nach 1945 eine beliebte Argumentation, die Schuld am Krieg vom Deutschen Reich der Sowjetunion zuzuschreiben.

Sebastian Haffner hingegen hatte in seinen „Anmerkungen zu Hitler“ Klartext gesprochen: „Was Hitler wollte, war Deutschlands Vorherrschaft in Europa und direkte Herrschaft über Russland; im übrigen die Erhaltung der europäischen Herrschaft über Afrika und große Teile Asiens und Ozeaniens. Eine Machtpyramide, mit den alten europäischen Überseekolonien und der neuen deutschen Kolonie Russland ganz unten an der Basis, den übrigen europäischen Ländern, abgestuft in deutsche Nebenländer, Hilfsvölker, Satelliten und schein- und halbusabhängige Bundesgenossen, als Mittelbau, und Deutschland an der Spitze. Dieses riesige deutschbeherrschte Machtgebilde sollte dann später mit guten Aussichten den Kampf mit Amerika und Japan um die Weltherrschaft aufnehmen können.“<sup>4</sup>

Eine solche Sichtweise erscheint heutzutage wie eine Legende aus längst ver-

gangenen Zeiten. Der bürgerliche Publizist Haffner hatte noch eine Ahnung davon, wo jene Phänomene ihren Ursprung haben, die tatsächlich als „westliche Werte“ durchgehen könnten, wovon heute aber niemand mehr etwas wissen will: In der „Pariser Kommune“ des Jahres 1871 ging es, so Haffner, „zum ersten Mal um Dinge, um die heute in aller Welt gerungen wird: Demokratie, [...] Parlamentarismus, Sozialismus, [...] Säkularisierung, Volksbewaffnung,

sogar Frauenemanzipation – alles das stand in diesen Tagen plötzlich auf der Tagesordnung.“<sup>5</sup> Doch diese Bestrebungen wurden von den deutsch-französischen Vorgängern des heutigen Wertewestens, so der preußische Militär Alexander von Pape, „ohne Barmherzigkeit niedergeschossen“.<sup>6</sup>

#### Anmerkungen:

1/ Marcel Reich-Ranicki: Mein Leben. Stuttgart, München 1999, S. 481.

2/ Vgl. Dokumentation über Sebastian Haffner von Rajan Antze, SFB 2002.

3/ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1998, S. 162.

4/ Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler. Frankfurt am Main 1981, S. 111; „Der Ural wird unsere Ostgrenze. Dort werden unsere Rekruten künftig ihr Jahr abdienen und als Grenzwächter im Kleinkampf geschult.“ Reinhard Heydrich, zit. nach: <https://www.deutschlandfunk.de/mann-mit-eisernem-herzen-100.html> [1.9.2023].

5/ Zit. nach Gerald M. Wolf: Der Frühling der Pariser Kommune, in: *Wiener Zeitung*, 13./14.3.2021.

6/ Ebd.

## Buchpräsentation

Heimo Halbrainer:

*Franz Leitner – Ein „Gerechter unter den Völkern“*

„Herr Leitner, wir, beide Unterzeichnende, ehemalige Häftlinge 117.029 und 117.030 im KZ Buchenwald, sind voller Dankbarkeit für Ihre bewundernswerte und erfolgreiche Arbeit im KZ Buchenwald. Wenn jemand es verdient hat von Yad Vashem geehrt zu werden, so sind es Sie, Herr Leitner.“ Das schrieben der damalige Oberrabbiner des Staates, Israel Meir-Lau, und sein Bruder, der ehemalige Botschafter des Staates Israel in den USA, Naphtali Lau-Lavie, 40 Jahre nach der Befreiung in einem Brief an Franz Leitner, der im KZ Buchenwald an der Rettung beteiligt war.

Franz Leitner wurde aufgrund der Rettung jüdischer Kinder im Konzentrationslager Buchenwald von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet. Im Buch von Heimo Halbrainer wird das Leben des 1918 geborenen Franz Leitner von den ersten politischen Aktivitäten in den 1930er-Jahren über den Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus bis hin zu seiner Tätigkeit nach 1945 als Vizebürgermeister von Wiener Neustadt und Landtagsabgeordneter in der Steiermark nachgezeichnet.



Donnerstag, 23. November 2023, 19.00

Saal der Alfred Klahr Gesellschaft  
Drechslergasse 42, 1140 Wien

Eine Veranstaltung von Alfred Klahr Gesellschaft und KZ-Verband/VdA Wien

180 Seiten, 20 Euro

Bestellungen: [verlag@clio-graz.net](mailto:verlag@clio-graz.net)

# Widerstand und Erinnerung

## Das Werk des österreichischen Schriftstellers Erich Hackl

STEFAN KRAUS

**E**rich Hackl ist einer der wenigen deutschsprachigen Erzähler von Rang, der unbeirrt von den entpolitisierenden Versuchungen des Literaturbetriebs an einer dediziert linken Gesellschaftsanalyse festhält. In seinen Geschichten erzählt er über das Schicksal von Menschen im linken Widerstand des 20. Jahrhunderts, die gegen Faschismus und Militärdiktatur und für soziale Gerechtigkeit kämpften. Mit den Mitteln der Oral History und auf Basis akribischer Recherchen schreibt er über diejenigen, die Geschichte gemacht haben, aber nicht in den Geschichtsbüchern auftauchen. Schwerpunkt seiner Arbeiten, die in den 1980er Jahren ihren Ausgang genommen haben, sind der Spanische Bürgerkrieg, Österreich in den Jahren des Faschismus und der Widerstand gegen die Militärdiktaturen in Lateinamerika.

### Spanienkrieg

Der aus der oberösterreichischen Industriestadt Steyr stammende Autor hat mit einer Reihe von Romanen und Erzählungen die linke deutschsprachige Spanienkriegsliteratur mit einer neuen Darstellungsform bereichert. In einer Mischung aus Dokumentation und Literatur schildert er Menschen, die sich dem Kampf gegen den spanischen Faschismus angeschlossen haben. Seine Geschichten handeln von politischem Engagement und den privaten Lebensumständen wie zum Beispiel tragisch endende Liebes- und Ehegeschichten zwischen österreichischen Interbrigadisten und Spanierinnen.<sup>1</sup> Sie zeigen, wie Widerstand und Leben im Widerstand funktionierten und verdeutlichen das Leid von Menschen, die aufgrund der Brutalität des Faschismus selten eine Chance hatten, sein Ende zu erleben. Dabei steht der Einzelne im Mittelpunkt der Darstellung, dessen Widerstands- und Leidensweg vor dem Hintergrund der dramatischen Zeitläufe einfühlsam erzählt wird. Es entstehen literarische Portraits von Spanienkämpfern, die dokumentieren, wie wirkmächtig der antifaschistische Widerstand vieler Österreicher europaweit war. Auf einen zum Zeitpunkt ihres Erscheinens eher unbekanntem Sachverhalt machen eine Reihe von Erzählungen aufmerksam,<sup>2</sup> die über spanische Volksarmisten

berichten, die ins KZ Mauthausen verschleppt wurden und nach ihrer Befreiung 1945 nicht ins faschistische Spanien zurückkehren konnten. Viele blieben in Österreich und lebten dort oft am Rande der Gesellschaft. Auch die Lebensgeschichte von Hans Landauer, nachzulesen in der Erzählung „Stille Post für Spanien“,<sup>3</sup> darf nicht unerwähnt bleiben. Landauer kämpfte in Spanien als Interbrigadist, wurde in das KZ Dachau verschleppt und baute in hohem Alter als Mitarbeiter des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* eine umfangreiche Sammlung über die 1.400 österreichischen Spanienkämpfer auf. Doch nicht bloß als Autor hat Erich Hackl das Thema bearbeitet. In zwei Anthologien aus den Jahren 1986 und 2016 hat er, erstere zusammen mit Cristina Timón Solinís, aus der Fülle deutschsprachiger Spanienliteratur Texte zusammengestellt, die das wesentliche Element dieses Teils der Exilliteratur, nämlich das Zusammenspiel von Kunst und Aktion, vermitteln.<sup>4</sup> Hackl hat die Texte nach der Chronologie der Ereignisse angeordnet. Im Gegensatz zu einer Dokumentation hinterlässt die erzählende Darstellung, die oft unmittelbar unter dem Eindruck der Ereignisse entstanden ist, beim Lesen einen wesentlich intensiveren Eindruck. Und Hackl fördert mit seinen Zusammenstellungen sehr ungewöhnliches Widerstandshandeln zu Tage. So erfährt man aus einer Passage, die der Autobiographie des Wiener Rechtsanwalts und Publizisten Valentin Gelber entnommen ist, etwas Bemerkenswertes über die Haltung österreichischer Fußballfans. Während eines Länderspiels zwischen Österreich und Italien in Wien im Frühjahr 1937, kurz nach der für die spanische Republik siegreich verlaufenen Schlacht von Guadalajara, wo die italienischen Interventionstruppen besiegt wurden, riefen die Fans statt nationaler Parolen die Gefechtsorte der Schlacht wie „Guadalajara“ oder „Brihuega“.<sup>5</sup>

### Die Folgen des 12. Februar 1934

Erich Hackl hat sich intensiv mit Verfolgung und Widerstand in Österreich beschäftigt. Dreh- und Angelpunkt dieser Seite seines Werkes ist der 12. Februar 1934. In „Kleine Stadt der Arbeits-

losen“<sup>6</sup> hat er die Ereignisse des Arbeiteraufstands in seiner Heimatstadt Steyr in einer sehr anrührenden Erzählung aufgeschrieben. Zusammen mit Evelyne Polt-Heinzl gab er die Anthologie „Im Kältefieber. Februargeschichten 1934“<sup>7</sup> heraus, die die Ereignisse des Arbeiteraufstands anhand literarischer Texte rekonstruiert. Aber auch mit der weiteren Geschichte des antifaschistischen Widerstands in Österreich hat sich Hackl intensiv auseinandergesetzt, insbesondere mit dem weitestgehend verdrängten Widerstand des sozialistischen und kommunistischen Arbeitermilieus. In Geschichten wie „Herr Meisel und seine Söhne“,<sup>8</sup> „Geschichte, die immer erst anfängt“<sup>9</sup> und „Um des Friedens willen“<sup>10</sup> und „Tschofenigweg. Legende dazu“<sup>11</sup> fanden seine Recherchen einen bemerkenswerten Niederschlag. In zwei Kurzromanen dokumentierte er den Widerstandswillen und die Bereitschaft, verfolgten Menschen zu helfen. In „Abschied von Sidonie“ erzählt er die Geschichte eines zingianischen Mädchens, das als Findelkind von einer Arbeiterfamilie aufgenommen, 1943 nach Auschwitz-Birkenau verschleppt und dort ermordet wurde. Im Roman „Am Seil“<sup>12</sup> geht es um den Wiener Kunstgewerbler Reinhold Duschka, der eine jüdische Frau und ihre Tochter nach der Annexion Österreichs durch das faschistische Deutschland in seiner Werkstatt versteckt, wo diese der Deportation und Vernichtung entgehen. Hackls Geschichten zeigen, wie sehr es glücklicher Umstände und der Solidarität der Vielen bedurfte, um als Verfolgter die NS-Zeit zu überleben, so z.B. in der von ihm aufgeschriebenen Lebensgeschichte des Wiener Grafikers Rudolf Schönwald.<sup>13</sup>

Über die antisemitisch motivierte Verfolgung finden sich in seinen Arbeiten eine Reihe von Erzählungen. Er beschreibt die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Österreich exemplarisch in der Geschichte der Familie Fleischmann<sup>14</sup> und verschweigt dabei nicht, dass 50 Jahre später die Verfolgten und ihre Nachkommen immer noch als Störenfriede wahrgenommen und gedemütigt werden. Die ständigen Anfeindungen aus der so genannten Mitte der Gesellschaft, die WiderstandskämpferIn-

nen in Österreich infolge des Kalten Kriegs und der Restaurationszeit seit den 1950er Jahren über sich ergehen lassen mussten, thematisiert er in der Erzählung „Familie Salzmann“.<sup>15</sup> Auch im Themenschwerpunkt über den österreichischen Widerstand erschloss Hackl regelmäßig Dinge, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung größtenteils in Vergessenheit geraten waren. Für ein linkes politisches Bewusstsein ist es aber wichtig, solche Sachverhalte zu kennen. So schreibt er zum Beispiel über polnische Staatsbürger österreichischer Herkunft, die sich 1939 nach dem Einmarsch der Nazis nicht gegen den polnischen Staat stellen wollten und deswegen nach Auschwitz deportiert wurden. Einer aus dieser Gruppe dokumentierte als Fotograf der SS unfreiwillig die dortigen Verbrechen.<sup>16</sup> Als Literat erinnert Hackl regelmäßig an zu Unrecht vergessene LiteratInnen, die mit ihrem Schreiben jedoch das politisch aufgeklärte Österreich repräsentieren. In einer Vielzahl von Essays werden z.B. Niklaus Meienberg,<sup>17</sup> Jura Soyfer,<sup>18</sup> Henriette Haill,<sup>19</sup> Susanne Wantoch,<sup>20</sup> Friedl Hofbauer<sup>21</sup> sowie Franz und Eugenie Kain<sup>22</sup> gewürdigt. Auch schreibt er regelmäßig über die vergessene Exilliteratur in Südamerika, etwa wenn er den aus Österreich dorthin Emigrierten Fritz Kalmar,<sup>23</sup> Diego Viga alias Paul Engel<sup>24</sup> oder Alfredo Bauer<sup>25</sup> gedenkt.

### Militärdiktaturen in Lateinamerika

Gleichfalls dramatisch gestalten sich Hackls Erzählungen über den lateinamerikanischen Widerstand, in denen viele Bezüge zu Widerstand und Verfolgung in Österreich enthalten sind. So stammen die dargestellten Personen häufig aus Familien, die Österreich vor den Nazis verlassen mussten und in Südamerika Zuflucht fanden. Das gilt etwa für Gisela Tenenbaum, deren kurzes Leben im Roman „Als ein Engel“ erzählt wird. Sie engagierte sich in Argentinien in der linksperonistischen Jugendbewegung und späteren Stadtguerilla der Montoneros. Im April 1977 wurde sie von den Militärs verschleppt. Ihr Schicksal wie das so vieler anderer Opfer der Militärdiktatur ist bis heute ungeklärt. Ein weiterer Kurzroman mit dem Titel „Sara und Simon“ handelt vom tragischen Schicksal von Sara Mendez, die als Mitglied einer anarchistischen Vereinigung aus Uruguay nach Argentinien floh, dort verschleppt und gefoltert wurde. Die Militärs trennten sie gewaltsam von ihrem Kind, das sie erst nach jahrelanger Su-



**Erich Hackl (rechts) mit dem Journalisten Wolfgang Runge in der Gedenkstätte Ernst Thälmann in Hamburg**

che wiederfand. Ähnlich erschütternd ist das Schicksal der jüdischen Familie Klagsbrunn aus Wien, die vor den Nazis nach Brasilien floh. Die Enkel schlossen sich einer marxistischen Studentenbewegung an, flohen von Brasilien ins Chile von Allende, um nach dem Militärputsch und ihrer Flucht in die argentinische Botschaft ausgeflogen zu werden. Sie lebten in Europa und konnten erst 1986 nach Brasilien zurückkehren.<sup>26</sup> Die Emigration nach Österreich wird in der Erzählung „Im Leben mehr Glück“ anhand des Schicksals des uruguayischen Gewerkschafters Jorge Cafaro dargestellt.<sup>27</sup> In diesem Kontext darf auch eine Würdigung Che Guevaras nicht fehlen. Hackl schildert episodenhaft in den Geschichten „Die eisigen Weiten Alaskas“<sup>28</sup> und „Kleines ABC eines Unverstorbenen“<sup>29</sup> Leben und Sterben dieses großen lateinamerikanischen Revolutionärs. In der Erzählung „Mit und ohne Reue“<sup>30</sup> fördert er wieder das Unfassbare und Monströse zu Tage, wenn er von einer besonders perfiden Art der Ermordung von Verhafteten während der argentinischen Militärdiktatur berichtet. Häftlinge wurden damals von den Schergen des Regimes betäubt, um dann aus Flugzeugen ins offene Meer geworfen zu werden. Als Übersetzer machte Hackl linke lateinamerikanische Autoren wie Humberto Ak'abal, Roque Dalton, Juan Gelman, Rodolfo Walsh und jüngst Eduardo Pogoriles dem deutschen Sprachraum zugänglich.

### Emanzipation und Literatur

Schon dieser kurze Überblick verdeutlicht, wie intensiv sich der Autor mit der

Geschichte von SozialistInnen und KommunistInnen und ihrem emanzipatorischen Engagement für eine gerechtere Welt beschäftigt hat. Seine Romane und Erzählungen verdeutlichen aber auch, wie sehr gesellschaftlicher Reichtum umkämpft ist und mit welcher Brutalität die Besitzenden bereit sind, ihren Reichtum zu verteidigen. Verfolgung, Vertreibung und Tod von Menschen sind für sie unter bestimmten zeitgeschichtlichen Bedingungen kein Hinderungsgrund, wenn es darum geht, sich mit Menschen auseinanderzusetzen, die bestehende Verteilungsmuster radikal in Frage stellen. Hackl hat sich mit seinen Geschichten über Menschen, die im Widerstand gegen Faschismus und Militärdiktatur waren, auf die Seite der Unterdrückten gestellt. Somit haben wir es nicht mit irgendeinem Autor zu tun, der etwas für seine Funktion als Schriftsteller ausbeutet, sondern mit einem dediziert politischen Literaten, der parteiisch ist. Er schreibt mit an jenem Teil des kollektiven linken Gedächtnisses, das Verfolgung und Widerstand gegen den Faschismus zum Inhalt hat. In Hackls Werk wird gezeigt, dass Widerstandshandeln auch unter schier unmöglichen Zuständen möglich war. Widerstand gegen den Faschismus war für KommunistInnen und SozialdemokratInnen eine Alltagserfahrung.

Wohlthuend ist auch, dass Hackl gänzlich darauf verzichtet, Täter in den Mittelpunkt seiner Geschichten zu stellen. Er erliegt damit nicht den Missverständnissen von so manchen vermeintlich fortschrittlichen AutorInnen und deren dem Personal des deutschen Faschismus

entgegen gebrachten Verständnis. Als Beispiele dafür seien etwa Alfred Andersch mit dem Wehrmachtsoffizier Dincklage in dem Roman „Winterspelt“, Bernhard Schlinks KZ-Aufseherin in dem Roman „Der Vorleser“, Uwe Timm mit einem jugendlichen, fanatisierten SS-Soldaten in „Am Beispiel meines Bruders“ und Jochen Missfeldts Todesurteil verkündender Marinerichter in dem Roman „Steilküste“ erwähnt. Solche Tätergeschichten können rasch zu Relativierungsgeschichten werden. Auch grenzt sich Hackl von Autoren wie Thomas Bernhard mit ihrer penetranten, konservativen Reflexen gehorchenden Gleichsetzung von Links und Rechts ab. Selbstredend, dass sich bei Hackl keine Herabwürdigung von Menschen der unteren Schichten findet. Ganz im Gegenteil zu vielen aufgeklärten KollegInnen sind bei ihm die Vorstädte nicht grau und gesichtslos, sondern voller Leben und Orte linken Engagements. Und die vermeintlich kleinen Leute sind nicht dumpf und geistig arm, sondern diejenigen, die politischen Durchblick besitzen.

### Das Politische des Erinnerns

Hackls produktiven Jahre als Schriftsteller sind geprägt vom Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, einer verschärften Ausbeutung und sozialen Spaltung im Zuge des Neoliberalismus sowie autoritärer postdemokratischer Politikgestaltung infolge des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien. Gleichzeitig befindet sich die politische Linke häufig in der Defensive. Entsprechend diesen gesellschaftlichen Verhältnissen geschieht seine Arbeit aus einer Verteidigungsposition heraus. Seine Bücher behandeln regelmäßig das Scheitern der westeuropäischen und lateinamerikanischen Linken. Er setzt sich damit vom sozialistischen Realismus ab, der die Darstellung eines positiven Helden verlangte. Auf diese Weise sollte die Überlegenheit des Sozialismus personalisiert und eine mobilisierende Wirkung auf den Leser ausgeübt werden. Aber die Erinnerung an Menschen im linken Widerstand, an ihre Kämpfe, an ihre Notlagen, Verzweiflung, Sehnsüchte und Scheitern kann Antrieb für Menschen sein, an linken Positionen festzuhalten. Hackl verfolgt mit seinem Schreiben das Ziel, die Taten der Menschen, über die er schreibt und die nur zu häufig alles andere als positiv enden, als Anspruch zu nehmen, es immer wieder neu zu versuchen. Seine Geschichten sollen aktivierend wirken, indem sie aufrütteln und

Empörung hervorrufen. Auch für Hackl ist Empörung über unmögliche Zustände ein wichtiger Schreibgrund. Seine Werke erinnern an Menschen, die kein Zeugnis mehr über ihr Handeln ablegen können, weil sie nicht mehr leben, es aber wichtig ist, sich an sie zu erinnern. Erinnern ist damit eine eminent politische Aufgabe.

Vor diesem Hintergrund widerspricht Hackl auch der in zeitgeschichtlichen Debatten oftmals vertretenen Auffassung, die Deutschen und ÖsterreicherInnen ausschließlich als Täter einzustufen. Ihm ist es wichtig, gegen die gängige Behauptung anzuschreiben, wonach sich die ÖsterreicherInnen bereitwillig den Nazis an den Hals geworfen hätten, weil so der antifaschistische Widerstand als Phänomen aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt wird. Auch soll die Möglichkeit negiert werden, für das politische Hier und Jetzt an die Erfahrungen des antifaschistischen Widerstands anzuknüpfen. Für ihn wird mit dieser Sicht versucht, linkes Widerstandshandeln zu verleugnen und die politische Alltagsmeinung konservativen Diskursen zu unterwerfen, was letztlich den Ultrarechten den Weg bereitet. Hackls Literatur ist ein Statement gegen die gesellschaftspolitische Hegemonie von ÖVP und FPÖ. Widerstand war immer auch ein Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen die Umverteilung von unten nach oben, wofür ÖVP und FPÖ eintreten. Deshalb passt es diesen politischen Kräften gut ins Konzept, die Erinnerung an den politischen Widerstand zu entsorgen.

Hackls Arbeiten zeigen auch, dass Menschen, die von den Nazis verfolgt wurden, sich nicht auf die Opfersicht als graue, einförmige und geschorene Masse von armseligen Gestalten reduzieren lassen. Das wäre seiner Meinung nach genau das Bild, was der Faschismus von seinen Opfern erzeugen wollte, nämlich Menschen bar jeder Individualität und Lebensgeschichte. Er widerspricht mit seiner Literatur dem gängigen obrigkeitstaatlichen Geschichtsbild von den aktiven Tätern und den passiven Opfern, um Widerstandshandeln aus dem politischen Bewusstsein zu drängen. Nicht verwunderlich, dass für ihn Kunst ohne soziale Verantwortung nicht auskommt, weil sie sonst unweigerlich die herrschenden unsozialen Zustände begünstigt und im Ergebnis antiaufklärerisch ist.

### Erzählungen eines Linken

Viele Anregungen für seine Erzählungen erhielt Erich Hackl während seiner Arbeit bei der Zeitschrift *Wiener Tage-*

*buch*. Die Geschichte über den Spanienkämpfer Rudolf Friemel, der nach Auschwitz verschleppt wurde und dort seine Verlobte, die Spanierin Marga Ferrer, heiraten konnte (von Hackl in der schon erwähnten Erzählung „Die Hochzeit von Auschwitz“ dargestellt), berichtete ihm der *Tagebuch*-Mitarbeiter Josef Meisel, ebenfalls ein Spanienkämpfer, der aus Auschwitz fliehen konnte. Hackl hat während seiner knapp vierzig Jahre als Literat viele Menschen und ihre Geschichten kennengelernt. Eine dieser Menschen war die Krankenschwester, die 1937 Gerda Taro, die in Spanien zusammen mit Robert Capa auf Seiten der Republik als Fotografin arbeitete und während der Offensive bei Brunete tödlich verwundet wurde, bis zu ihrem Tod pflegte. Sie erzählte ihm, dass Gerda kurz vor ihrem Tod noch nach ihrer neuen Kamera fragte.

Hackls Arbeit funktioniert also nicht auf Basis eines gut gepflegten Zettelkastens, Phantasiebegabung und Schreibwillen. Neben der Arbeit im Archiv ist er mit Menschen in Kontakt, die ihm ihre Geschichte oder die ihrer Angehörigen erzählen. Tatsächlich besteht seine Arbeitsleistung, oder sein Ehrgeiz, darin, auf der Grundlage von Oral history weiterzugehen. Es gibt viele Erlebnisberichte in der ersten Person, vor allem in Lateinamerika, bei denen die Abschrift kaum verändert wurde. Aus dem einen oder anderen Grund schien es Hackl bei seinen Projekten immer unzureichend, es bei den mehr oder weniger stark bearbeiteten Transkriptionen zu belassen. Trotzdem steht er in der Tradition der Oral history, weil sein Vorgehen zumindest in einem ersten Schritt dem dieser Geschichtsforscher gleicht.

Erich Hackl ist es gelungen, mit seinen Arbeiten etwas Singuläres in der deutschen Literatur zu schaffen, in dem er das Verhältnis von Fiktion und Realität in der Literatur neu verortet hat. Romane mit zeitgeschichtlichem Hintergrund sind in der Regel so gestrickt, dass das persönliche Erlebnis des Autors im historischen Kontext zu einer Geschichte verdichtet wird, die von dem Erlebten mehr oder minder stark abstrahiert. Hackl geht einen anderen Weg. Seine Literatur basiert auf genau recherchierten Geschichten. Real Erlebtes gestaltet er mit den Mitteln der Literatur, ohne das Reale zu fiktionalisieren. Geschichte wird nicht mehr dokumentiert, sondern erzählt und sauf so auf eine neue Art erlebbar gemacht. Er schreibt keine Dokumentationen, sondern literarisiert sie.

Etwas mit Hackl Vergleichbarem findet sich im deutschen Sprachraum bei Ruth Werner und ihrem 1961 erschienen Roman „Olga Benario“. Auch dieser beruht auf erzählter Geschichte und berichtet, wenn auch pathetischer als Hackl, über das kurze Leben einer jungen Kommunistin. Auch die Geschichten in dem Buch „Die erste Reihe“ von Stephan Hermlin aus dem Jahr 1951 über junge Widerstandskämpfer weisen Parallelen zu Hackl auf.

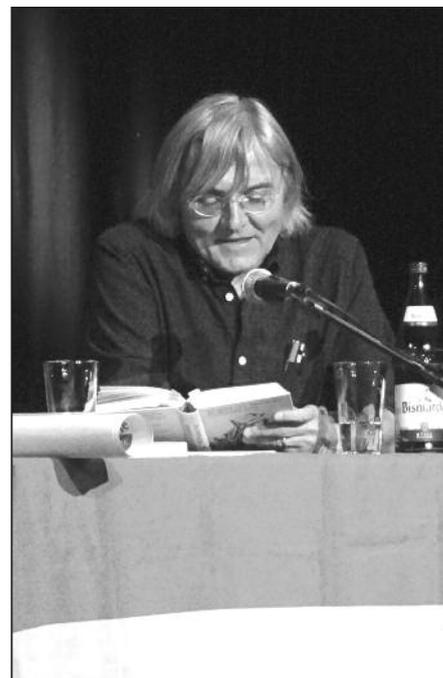
Ein weiteres Merkmal seiner Arbeit ist die Miniatur. Das epische Erzählen der bürgerlichen Literatur des 19. Jahrhunderts hat linke Literaten ebenfalls zur epischen Darstellung motiviert. Hackl geht einen umgekehrten Weg und erschließt die Geschichte in ihrer ganzen Breite über die Miniatur des individuellen Erlebens. So sind seine Romane selten länger als 150 Seiten. Hackl bedient sich, was heute selten geworden ist, eines pointierten, knappen Schreibstils. Seine gedrängte, auf das wesentlich reduzierte Erzählweise ist angemessen für seine Geschichten, die keine postmodernen Fabulierexzesse vertragen. Er schreibt gradlinig und verständlich ohne Plattheiten oder Kitsch, aber auch ohne Verklausulierungen. Form und Inhalt bilden eine Einheit, was ganz entscheidend für die Authentizität seiner Geschichten ist, die frei sind von Phrasenhaftigkeit, hohlem Pathos oder politischer Borniertheit. Dokumentation, erzählte Geschichte und literarischer Schreibprozess gehören bei ihm zusammen. Erinnerung erarbeiten ist Kontextarbeit, die ohne den Bezug zu den Menschen und ihrer Persönlichkeit nicht funktioniert. Er schreibt nicht nur für seine Leser, sondern auch für die Menschen, über die er schreibt. Eine wichtige Bedingung für seine Arbeit als Schriftsteller ist das Gespräch mit Betroffenen oder mit den Bekannten dieser Menschen, um so ihre Lebensgeschichten mit den Mitteln der Literatur zu er- und verarbeiten. Seine Erinnerungsarbeit wird jedoch immer schwieriger, da die Menschen, über die er schreibt, nicht mehr leben und die Nachfahren auch schon über 80 Jahre alt sind. Hackl produziert nicht aus der Konserve, was seine Arbeit stark einschränkt, weil er eben nicht einfach in den Zettelkasten schaut.

Seine ideengeschichtlichen Anknüpfungspunkte sind die Denkschulen des westeuropäischen Neomarxismus. Er bezieht sich regelmäßig auf Walter Benjamin, Max Horkheimer und Herbert Marcuse, also auf die Vertreter der Kriti-

schen Theorie, die bei allen Unterschieden ihrer Positionen für eine aktionistische und intervenierende Praxis eintreten, die sich deutlich von dem Kulturpessimismus eines Theodor Adorno, einem anderen wichtigen Vertreter dieser Denkrichtung, unterscheiden. Mit dem britischen Historiker und Kommunisten Eric Hobsbawm verbindet ihn die kritische Distanz zu seinen eigenen Positionen. So verschließt er nicht die Augen vor den Katastrophen der Linken, wenn er zum Beispiel an die in der Sowjetunion während der Stalinzeit ermordeten Österreicher erinnert. Hackl fühlt sich dem Denken Antonio Gramscis, dem Mitbegründer der italienischen kommunistischen Partei, und seinem Grundsatz des „Pessimismus des Denkens und Optimismus des Handelns“ verpflichtet. Es geht dabei um die Bereitschaft, bei allen politischen Schwierigkeiten und Rückschlägen nicht aufzuhören, sich für linke politische Positionen starkzumachen. Auch Gramscis Einschätzung, dass Kultur im Alltagsbewusstsein verankert sein muss als Bedingung der Möglichkeit, politisch führend zu werden, ist leitmotivisch für Hackls Arbeiten. Er ist ein Intellektueller im Sinne Gramscis, weil er linke Geschichte so zu vermitteln versteht, dass sie bis weit ins bürgerliche Lager hinein die moralische Kraft linken Engagements verdeutlicht.

#### Anmerkungen:

- 1/ Entwurf einer Liebe auf den ersten Blick. Zürich 2001; Die Hochzeit von Auschwitz. Zürich 2004.
- 2/ Statt eines Ehrensaltus, in: In fester Umarmung. Zürich 1996, S. 24–39; 50 Jahre und ein Tag, in: ebd., S. 67–78; Der Anarchist von Leonding, in: Anprobieren eines Vaters. Zürich 2007, S. 30–46; Wo Gott war, in: Im Leben mehr Glück. Zürich 2019, S. 74–81
- 3/ In fester Umarmung, S. 79–112.
- 4/ Erich Hackl/Cristina Timón Solinís (Hg.): Geschichten aus der Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs. Darmstadt, Neuwied 1986; So weit uns Spaniens Hoffnung trug. Erzählungen und Berichte aus dem Spanischen Bürgerkrieg. 46 Texte deutschsprachiger Frauen und Männer aus sechs Ländern, Zürich 2016.
- 5/ Valentin Gelber: Die Schlacht von Guadalajara im Wiener Stadion, in: ebd., S. 231–235.
- 6/ In fester Umarmung, S. 9–23.
- 7/ Erich Hackl/Evelyne Polt-Heinzl (Hg.): Im Kälttefieber. Februartgeschichten 1934. Wien 2014.
- 8/ In fester Umarmung, S. 40–57.
- 9/ Im Leben mehr Glück, S. 25–35.
- 10/ Anprobieren eines Vaters, S. 248–264.
- 11/ Drei tränenlose Geschichten. Zürich 2014, S. 100–153.



- 12/ Am Seil. Eine Heldengeschichte. Zürich 2018.
- 13/ Rudolf Schönwald: Die Welt war ein Irrenhaus. Meine Lebensgeschichte nacherzählt von Erich Hackl. Wien 2022.
- 14/ Anprobieren eines Vaters, S. 223–247.
- 15/ Familie Salzmann. Erzählung aus unserer Mitte. Zürich 2012.
- 16/ Der Fotograf von Auschwitz, in: Drei tränenlose Geschichten, S. 78–99.
- 17/ Von der Angst, daß einem einer abhanden, in: Im Leben mehr Glück, S. 202–213.
- 18/ Die Farbe der Welt. Leben, Werk und Wirkung des Schriftstellers Jura Soyfer, in: Im Leben mehr Glück, S. 255–266.
- 19/ Das Alphabet nach Henriette Haill, in: In fester Umarmung, S. 274–289.
- 20/ Abgängig seit Juli 1959. Erster Bericht über die Schriftstellerin Susanne Wantoch, in: In fester Umarmung, S. 290–317.
- 21/ Die leise Laute. Zur Erinnerung an die Schriftstellerin Friedl Hofbauer, in: Im Leben mehr Glück, S. 162–173.
- 22/ Das Kainsmal. Eine Unterweisung in zehn Geboten, in: Anprobieren eines Vaters, S. 109–122; Reisen wir mit, bleiben wir da. Gedenkblatt für Eugenie Kain, in: Im Leben mehr Glück, S. 154–161.
- 23/ Kalmar in Büttelsburg, in: Im Leben mehr Glück, S. 193–201.
- 24/ Zur rechten Zeit. Aufforderung, endlich Diego Viga wahrzunehmen, in: Im Leben mehr Glück, S. 226–233.
- 25/ Rede auf Alfredo Bauer, in: Im Leben mehr Glück, S. 350–364.
- 26/ Familie Klagsbrunn, in: Drei tränenlose Geschichten, S. 7–77.
- 27/ Im Leben mehr Glück, in: Im Leben mehr Glück, S. 99–108.
- 28/ In fester Umarmung, S. 121–131.
- 29/ Anprobieren eines Vaters, S. 167–181.
- 30/ In fester Umarmung, S. 173–184.

# Zum 30. Todestag von Peter Kammerstätter

FLORIAN SCHWANNINGER

Vor 30 Jahren verstarb in Linz der oberösterreichische Widerstandskämpfer, Forscher und Volksbildner Peter Kammerstätter. Vielen, die Kammerstätter persönlich kennenlernen durften, an einer seiner unzähligen zeitgeschichtlichen Wanderungen oder Vorträge teilnahmen oder von ihm bei Forschungen und wissenschaftlichen Arbeiten unterstützt wurden, ist er als eindrückliche Person mit immensem Wissen und großer Überzeugungskraft in Erinnerung geblieben.

## Kindheit und Jugend

Peter Kammerstätter wurde am 10. Dezember 1911 in Triest geboren. Sein Vater, ein oberösterreichischer Eisenbahner, war aufgrund sozialdemokratischer Aktivitäten strafweise dorthin versetzt worden. Während des Ersten Weltkriegs tobten nur rund 20 Kilometer von Triest entfernt die Materialschlachten mit hunderttausenden Toten und Verletzten. Nach dem Ende des Völkerschlachten übersiedelte die Familie Kammerstätter 1919 nach Linz, wo sie im Franckviertel wohnten. Nach dem Schulbesuch nahm Peter Kammerstätter eine Lehre als Elektroschlosser auf und engagierte sich früh in den Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Er legte großen Wert auf die Aneignung von Literatur und politischen Schriften und war auch ein begeisterter Sportler, Bergsteiger und Schiläufer. Kammerstätter war „geradezu der ‚Prototyp‘ dessen, was die sozialdemokratische Bewegung unter dem ‚neuen Menschen‘ verstand“, wie Fritz Mayrhofer, ehemaliger Mitarbeiter des Archivs der Stadt Linz, schreibt.<sup>1</sup>

Als Leiter einer Jugendgruppe der *Sozialistischen Arbeiter-Jugend* (SAJ) organisierte Kammerstätter Wanderungen, Theatervorstellungen, Konzerte und Liederabende, aber auch politische und allgemeine Bildungsveranstaltungen, wie beispielsweise Abende über sexuelle Aufklärung. Kammerstätter galt damals vielen als der „narrische Sportler, der nix trinkt und nix raucht“. Dadurch erhielt er auch viel Vertrauen von Seiten der Eltern seiner Gruppenmitglieder.<sup>2</sup> In den frühen 1930er Jahren machte Kammerstätter Bekanntschaft mit der Arbeitslosigkeit. Es war dies auch die Zeit, in der faschistische Bewegungen im Vormarsch waren. In Kammerstätters Augen wich die Sozialdemokratie zusehends vor den Bedrohungen von rechts zurück. Außerdem interessierte er sich immer mehr für die junge Sowjetunion. Im Juni 1933 trat Kammerstätter schließlich der bereits illegalen KPÖ bei.

## Illegalität und Widerstand

Kammerstätter verblieb jedoch im mittlerweile ebenfalls illegalen *Republikanischen Schutzbund*. Er beteiligte sich im Februar 1934 am Einsatz beim Petrinum in Linz-Urfahr. Nach dem Ende der Februarkämpfe in Linz entging er einer Verhaftung. In der Folge betätigte sich Kammerstätter auch in der *Roten Hilfe* und wurde Mitglied der oberösterreichischen Landesleitung der KPÖ. Dieser gehörten zum damaligen Zeitpunkt noch Sepp Teufel, Karl Reindl – beide wurden am 28. April 1945 im KZ Mauthausen ermordet – und Franz Altendorfer an. Ende 1934 wurde Kammerstätter erstmals verhaftet, 1935 wurde er zu sechs Monaten schwerem Kerker verurteilt.

Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 stand Kammerstätter unter besonderer Beobachtung. Den Nationalsozialisten war er als scharfer Gegner bekannt. Am Tag des deutschen Überfalls auf Polen, dem 1. September 1939, wurde Kammerstätter verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Er konnte seine Funktion als Elektriker für den Lagerwiderstand nutzen und schmuggelte Nachrichten sowie verschiedene benötigte Gegenstände im doppelten Boden seiner Werkzeugkiste. Im KZ Buchenwald stand Kammerstätter auch in Kontakt mit dem ehemaligen (und zukünftigen) oberösterreichischen Landeshauptmann Heinrich Gleißner sowie dem ehemaligen Privatsekretär des Linzer Bischofs Gföllner, Franz Ohnmacht. Nach der überraschenden Entlassung am 10. Jänner 1940 – sein Betrieb hatte ihn als Facharbeiter für „kriegsnotwendig unabkömmlich“ erklärt – stand Kammerstätter wiederum unter Gestapo-Beobachtung. Er unterstützte aber trotzdem ausländische ZwangsarbeiterInnen bei seiner Firma Sprecher & Schuh in Linz.

## Vom Parteifunktionär zum Chronisten der Arbeiterbewegung

Ab Februar 1946 arbeitete Kammerstätter als Parteiangestellter der KPÖ, ab 1948 sogar als oberösterreichischer Landessekretär. Nachdem seine politische Linie im Laufe der Zeit mit jener der Partei nicht mehr übereinstimmte und es auch zu internen Friktionen aufgrund seiner Arbeitsweise kam, schied Kammerstätter Ende 1963 aus allen Parteifunktionen aus und kündigte sein Dienstverhältnis. Er arbeitete anschließend bis zur Pensionierung 1972 als Bauschreiber bei der Donauländischen Baugesellschaft. Dies war gleichzeitig der Beginn seiner zweiten Karriere als Historiker der Arbeiterbewegung, des NS-Terrors und des antifaschistischen Widerstands in Oberösterreich.

Kammerstätter sammelte ab 1967 Materialien und interviewte im Laufe der Jahre hunderte Personen – eine damals noch höchst ungewöhnliche Forschungsmethode. Im Fokus von Kammerstätters Forschungen standen dabei jene Bereiche der regionalen Geschichte, über die zu dieser Zeit noch beharrlich geschwiegen wurde. Noch zu Zeiten seiner Berufstätigkeit stellte Kammerstätter im

Probelesen ...  
wann,  
wenn nicht jetzt?!

Doppelausgabe, 200 Seiten, 15,- Euro

Neue Impulse Verlag  
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
Tel.: 0201 23 67 57, info@neue-impulse-verlag.de

www.marxistische-blaetter.de

MARXISTISCHE  
BLÄTTER 1988-2022 60 Jahre

www.marxistische-blaetter.de

Das Jubiläumsheft  
Mut und  
Marxismus

Das Thema: Über Marxismus und Mut, Thomas Metzger: Lernen, Lehren und Leben gegen die Verwahrlosung, Dieter Boff, Kammerstätter – ein wissenschaftliches Werk, Domenico Losurdo: Trotz alledem! Hermann Kanner: Marxismus und Kolonialismus, Václav Prácheš (Hrsg.): Arbeiter\*innen und Arbeiterkämpfe. Zur Gegenwart: Nul KP, alles Kapitalismus! Georg Kellner

Im Rückspiegel: Beiträge von Karlheinz Schmidt (1963), Werner Czerniak (1973), Ellen Weber (1983), Wilfried Gerns/Robert Stägerwald (1993), Gerdman Blass (2003), Hans Gerner (2013)

Herausgeber: **Friedenskonferenz 2022**: Jeremy Corbyn (Großbritannien), Wolfgang Dabbert, Angel Sely, Robert Vassauer/Bräuer

Weitere Themen: Noruda, Amy Zinnel (Irland); Gracis; Gerhard Frodlauer; Machtverhältnisse in Kolumbien; Güter Gerns; Genese und Verantwortung; Markus Grottel; Erwerbslos und unbefristete Migration; Arthur Feil; Boris Kagarizki – Im Auge des Orkans; Roger D. Narveson (Kanada); Migration und Privatisierung; Augustin Bener (Italien); Climate Emergency; Annette Schöner; Wäldtje der Antifaschisten 1932/24; Ulrich Schneider; u. v. m.

Beitrag: Christa Luft: Von der »Zellenwende« zum Epochenbruch.

€ 9,00



**Peter Kammerstätter bei einer Wanderung zum „Igel“, dem Versteck der Widerstandsgruppe um Sepp Plieseis im Salzkammergut (© Wolfgang Quatember)**

Jahr 1971 seine erste Materialsammlung fertig. Sie beschäftigte sich mit dem „Todesmarsch der ungarischen Juden im April 1945“. In den folgenden Jahren standen dann vor allem die Widerstandstätigkeit im Salzkammergut im Fokus seiner Forschungen, der Ausbruch sowjetischer Offiziere und die anschließende „Mühlviertler Hasenjagd“. Zu diesen Themen sowie zum Februar 1934 in Oberösterreich entstanden umfassende Materialsammlungen.

Kammerstätter verfasste im Laufe der Jahre auch verschiedene kleinere Arbeiten und biografische Darstellungen von Personen der Arbeiterbewegung und des Widerstands – auch von Frauen, die in der Forschung bis dato nur eine geringe Rolle gespielt hatten. Obwohl er als Autodidakt keinen akademischen Abschluss besaß, stießen seine Arbeiten und Methoden in universitären Kreisen auf ein großes Echo. Er kann ohne Übertreibung als einer der Pioniere der „Oral history“ in Österreich genannt werden.

Vom langjährigen Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte an der Johannes Kepler Universität Linz, Karl R. Stadler, wurde Kammerstätter besonders gefördert. Er arbeitete auch eng mit dem damals in Salzburg tätigen Universitätsprofessor Gerhard Botz zusammen. Ebenso geschätzt und unterstützt wurde er von Harry Slapnicka, einem Pionier der Zeitgeschichtsforschung in Oberösterreich.

### Forscher und Volksbildner

Zahlreiche akademische Arbeiten und auch Ausstellungsprojekte verdanken Kammerstätters Tätigkeit einen bedeu-

tenden Teil ihrer Quellenbasis. Auch regte Kammerstätter Projekte zur Vermittlung der historischen Ereignisse, wie das *Zeitgeschichte Museum* in Ebensee, an bzw. half bei deren Umsetzung. Über seine Tätigkeit als Forscher hinaus war er auch als Pädagoge und Vermittler tätig. Kammerstätter referierte häufig an Volkshochschulen und Universitäten, in Schulen und vor unzähligen Jugendgruppen zu den von ihm bearbeiteten Themen. Kammerstätter organisierte regelmäßig Wanderungen zu den Stätten von Widerstand und Verfolgung und führte jährlich zwischen 40 bis 60 Gruppen über das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen. Die Menschen, die ihn dabei erlebten erinnern sich heute noch auf sehr positive Art und Weise an ihn.

Für seine unermüdliche Arbeit wurden Peter Kammerstätter wissenschaftliche und öffentliche Ehrungen und Auszeichnungen zuteil. 1977 erhielt er das Ehrenzeichen für die Verdienste um die Befreiung Österreichs vom Faschismus. 1979 wurde Kammerstätter zum wissenschaftlichen Konsulenten der oberösterreichischen Landesregierung ernannt. Im Folgejahr wurde ihm der Berufstitel Professor verliehen. 1989 folgte die Wissenschaftsmedaille der Stadt Linz. Peter Kammerstätter starb am 3. Oktober 1993 im 82. Lebensjahr und wurde im Linzer Urnenhain beigesetzt. Noch zu Lebzeiten seiner Gattin und politischen Gefährtin Lisa, eine gebürtige Russin, die selbst im KZ Ravensbrück inhaftiert war, brachte die Stadt Linz im Oktober 1996 eine Gedenktafel an seinem Wohnhaus in der Finkstraße 3 an.

Peter Kammerstätters Nachlass wurde Ende 1994 dem Archiv der Stadt Linz übergeben. Die Materialsammlung hat den stolzen Umfang von 45 Laufmetern, seine Bibliothek umfasst rund 6.500 Bände (99 Laufmeter). Der Nachlass bzw. die Sammlung Kammerstätter wurden in der Folge erschlossen und aufgearbeitet. Ein gründliches Verzeichnis erlaubt eine Suche nach unterschiedlichsten Begriffen und Personen. Eine besondere Quelle sind dabei die Tonbandaufnahmen seiner Interviews mit ZeitzeugInnen und WiderstandskämpferInnen (322 Kassetten, die mittlerweile vollständig digital wurden). Es ist zu hoffen, dass sich noch weitere Publikationen und Forschungen über Leben und Werk von Peter Kammerstätter anschließen werden. Die Materialien sind all jenen wärmstens zu empfehlen, die sich mit Widerstand, Arbeiterbewegung oder Sozialgeschichte beschäftigen.

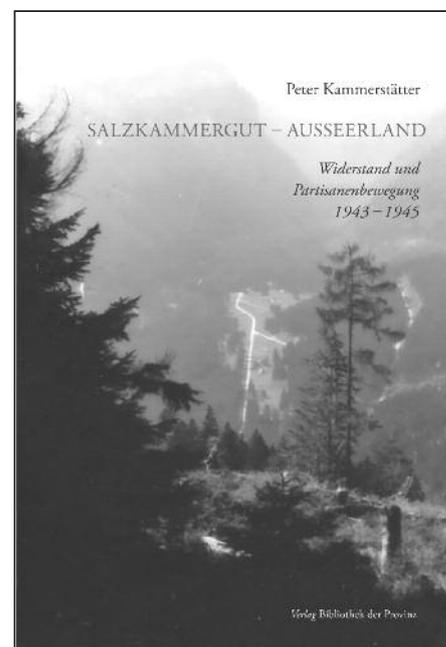
### Anmerkungen:

1/ Fritz Mayrhofer: Der Nachlass Peter Kammerstätter im Archiv der Stadt Linz, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Christine Schindler: *Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer*. Festschrift für Winfried R. Garscha. Wien 2017, S. 339–346, hier S. 339f.

2/ Günther Grabner: *Peter Kammerstätter. Biographie eines Widerstandskämpfers*. Linz: KZ-Verband/VdA OÖ 2011 (Texte und Materialien zu Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, Bd. 3), S. 9.

### In Vorbereitung:

*Peter Kammerstätter: Salzkammergut – Ausseerland. Widerstand und Partisanenbewegung 1943–1945. Weitra: Bibliothek der Provinz, 820 S., 38 Euro*



*Margarete Schütte-Lihotzky/Wilhelm Schütte: „Mach den Weg um Prinkipo, meine Gedanken werden Dich begleiten!“ Der Gefängnis-Briefwechsel 1941–1945, hg. von Thomas Flierl. Berlin: Lukas Verlag 2021, 624 S., 34,90 Euro*

**W**ir wissen viel über Margarete Schütte-Lihotzkys Werk als Architektin und über ihre Tätigkeit als Widerstandskämpferin bis zu ihrer Verhaftung, Verurteilung und Gefängnishaft von 1941 bis 1945. Dazu tragen mehrere publizierte wissenschaftliche Studien und ihr eigener Bericht „Erinnerungen aus dem Widerstand“ bei. Auch über ihren Ehemann Wilhelm Schütte gibt es eine Studie über sein architektonisches Wirken. Wenig bekannt ist jedoch über die Entwicklung und die Umstände der persönlichen Beziehung der beiden von der Heirat in Frankfurt am Main, über die Zeit in Moskau und Istanbul und die Trennung nach dem Krieg.

Diese Beziehung erfuhr mit der Reise Grete Schütte-Lihotzky als illegale Kurierin der KPÖ nach Wien im Dezember 1940 eine jähe Unterbrechung, die infolge ihrer Inhaftierung bis zum Ende des Krieges andauern sollte. Das Ehepaar versuchte ihre Beziehung in dieser extrem gefährlichen Zeit vor und nach der Verurteilung Grete Schütte-Lihotzkys und während der gesamten Dauer ihrer Haft brieflich zu überbrücken und aufrecht zu erhalten, was durch die kriegsbedingten Umstände, die streng regulierte Zahl der Briefe aus dem und an das Gefängnis und die Zensur geprägt war. Manchmal vergingen Monate bis wieder brieflicher Kontakt hergestellt war.

Den Briefwechsel zwischen der in Wien und im bayerischen Zuchthaus Aichach inhaftierten Grete und dem in der Türkei exilierten Wilhelm hat Thomas Flierl, Bauhistoriker und ehemaliger Kultursenator in Berlin, in einer 2021 herausgegebenen Edition publiziert. Es handelt sich um 146 Dokumente, Briefe, die zum Teil auch über Gretes Schwester Adele Hanakam geleitet wurden bzw. auch direkt an sie gerichtet waren. Bedenkt man die schon genannten Umstände, so ist die Lektüre beklemmend. Gretes Leben hing an einem Faden, aber die Zensur verbot ihr über den bevorstehenden Prozess zu schreiben, sodass ihr Gatte stets im Ungewissen blieb. So dreht sich Gretes Briefe meist über ihre Gesundheit und die Hoffnung auf den nächsten Brief von Wilhelm. Schütte berichtet über seinen Alltag und seine Arbeit in der Türkei, kein Wort etwa über den

Überfall auf die Sowjetunion oder den weiteren Verlauf des Krieges. Flierl fasst den Charakter der Briefe Gretes zusammen: „Umso mehr sind die Briefe als mit dem Partner geteilte Selbstreflexionen zu lesen, als ein Überlebensmittel, im Schreiben die eigene Position, das heißt in aussichtsloser Lage sich selbst zu behaupten.“ (S. 415)

Über die Briefe Wilhelms schreibt Thomas Flierl: Diese „zeigen ihn als fürsorglichen und einfühlsamen Ehemann, der alles in seiner Macht Stehende unternimmt, um die Situation für seine inhaftierte Ehefrau zu verbessern, der mit großem Engagement seinen Beruf als Architekt und Hochschullehrer ausübt und dabei seiner Frau kontinuierlich durch die Schilderung seiner beruflichen Situation und seiner Studienreisen durch die Türkei an seinem Leben teilhaben lässt.“ (S. 411). Jeder Brief ist mit erklärenden Anmerkungen versehen, was allein den Briefteil des Buches auf über 300 Seiten anschwellen lässt. Trotzdem ist zu empfehlen, vor den Briefen das über 140 Seiten umfassende Nachwort Fliers zu lesen. Es enthält eine wissenschaftlich fundierte und kommentierte Darstellung der Zeit, die Grete und Wilhelm Schütte in der Türkei verbrachten. Es ist kaum möglich, den Briefwechsel zu entschlüsseln ohne zuvor diesen Bericht gelesen zu haben. Ausführlich wird die illegale politische Arbeit im Rahmen der kommunistischen Widerstandsgruppe in Istanbul dargestellt, wobei die berufliche und illegale politische Tätigkeit Wilhelm Schüttes bis zum Ende des Krieges im Vordergrund steht. Wie Flierl aus Unterlagen aus Moskauer Archiven recherchierte, war Wilhelm Schütte zeitweilig eine wichtige Informationsquelle sowohl für den sowjetischen als auch – in Absprache mit diesem – für den britischen Geheimdienst. Dieser wurde in Istanbul vom Journalisten George Eric Rowe Gedye geleitet, der in den 1930er Jahren in Wien lebte und über die Zeit des Austrofaschismus das bekannte Buch „Als die Bastionen fielen“ verfasste. Hier lautet das Resümee Fliers, die Biographie Wilhelm Schüttes harre noch ihrer Aufarbeitung. Insgesamt ist das Buch ein wichtiger, informativer sorgfältig recherchierter Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Widerstands der KPÖ.

Der Band enthält weitere bisher unveröffentlichte Dokumente, etwa Berichte an die KPÖ-Führung in Moskau, Verhörprotokolle der Wiener Gestapo und den Bericht Schütte-Lihotzkys vom September 1945 über ihre Verhaftung nach dem

Verrat durch den Gestapo-Spitzel „Ossi“ (Kurt Koppel), über den Verlauf des Prozesses und ihre Jahre in der Haft.

**MICHAEL GRABER**

*Gerhard Oberkofler: Österreichs Spitzendiplomatie vor Ort. Das Beispiel Chile 1973. Gewidmet dem 50. Jahrestag des Sturzes der Regierung Allende. Berlin: trafo Verlag 2023, 87 S., 13,80 Euro*

**M**onate vor dem Wahlsieg Allendes, schon am 27. Juni 1970, gab Henry Kissinger, Sicherheitsberater von Richard Nixon, einen Hinweis auf die amerikanische Politik in Bezug auf den chilenischen Weg zum Sozialismus: „Ich sehe nicht ein“, so erklärte Kissinger, „warum wir zusehen sollen, wie ein Land aufgrund der Verantwortungslosigkeit seines Volkes kommunistisch wird. Die Fragen sind viel zu wichtig, als dass man sie den chilenischen Wählern selbst überlassen könnte.“ Als dann Allende gegen alle Erwartung die Wahlen gewonnen hatte, und dies trotz einer von den Amerikanern finanzierten Desinformationskampagne, die ihn, einen Mann mit tadellosen demokratischen Referenzen, als kommunistischen Handlanger darstellte, da war der nächste amerikanische Schritt der Versuch, seine Amtseinführung zu verhindern. Eine von der CIA finanzierte und aufmunitionierte Gruppe tötete General René Schneider, den verfassungstreuen Oberbefehlshaber der Armee. Als Allende dann am 3. November 1970 dennoch vereidigt wurde, begannen auf Anweisung Nixons verdeckte Operationen, um „die Wirtschaft zum Schreien zu bringen“. Kissinger hatte den Weg vorgezeichnet – und genau dieser Weg wurde fortan konsequent beschritten.

Aus heutiger Sicht war für alle Beobachter der Entwicklung in Chile das Folgende offenkundig und konnte – so man nicht die Augen verschloss – von jedem Mann wahrgenommen werden: Zunächst wurde Chile am internationalen Finanzmarkt fast umgebracht; die Bemühungen um eine Neuverhandlung der Auslandsschulden wurden behindert, die Kupferexporte wurden als Vergeltung für die (schon vor Allende begonnene) Verstaatlichung gestoppt, technologische Exporte wurden verweigert, und wichtige Importe (einschließlich der für die Reparatur von Maschinen und Lastwagen benötigten Teile) konnten das Land nicht erreichen. Im Dezember 1972 erklärte Allende vor der UN-Vollversammlung und also „vor dem Gewissen der Welt“, dass sein Land einer unsichtbaren Block-

ade und Boykottierung aus dem Ausland ausgesetzt sei, die Chaos stiften und einen Staatsstreich herbeiführen sollen – seiner Rede folgte zehn Minuten *standing ovation* im großen Saal des UN-Hauptquartiers in New York. Alle Welt wusste nun, was vor sich geht. (Ohne das Ausmaß der verdeckten Aktionen der USA gegen Chile zu leugnen, lässt sich argumentieren, dass der Erfolg des Putsches dann aber eher internen als externen Faktoren zu verdanken war. Zum vollen Ausmaß des amerikanischen Wirtschaftskriegs gegen Chile und zu den Verbrechen von Pinochet – zu denen auch gehörte, dass der Diktator über die amerikanische Riggs-Bank über 26 Millionen US-Dollar an gestohlenem Geld auf geheimen Konten verschwinden ließ – siehe: Peter Kornbluh: *The Pinochet File: A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability*. New York 2013.)

Ein solches Chaos konnte ohne Verbündete in Chile nicht gedeihen. Die USA stellten Gelder zur Verfügung, um die rechte Partido Nacional zu stärken und die christdemokratische Partei der Mitte dazu zu bewegen, sich gegen Allende zu stellen. Ebenso folgerichtig war die umfangreiche Unterstützung der Medien, die dem sozialistischen Projekt feindlich gegenüberstanden, insbesondere von *El Mercurio*, Chiles wichtigster Zeitung. All diese Maßnahmen beeinflussten die öffentliche Meinung und auch den Kongress, in dem die Unidad Popular eine Minderheit war.

Ein Staatsstreich schien schon seit 1970 eine Möglichkeit zu sein. (Nota bene: Während die meisten Finanzhilfen und Investitionen für Chile zurückgehalten wurden, stieg die amerikanische Hilfe für das Militär zwischen 1970 und 1973 drastisch an). Allendes Feinde in Chile hofften jedoch zunächst, ihn mit legalen Mitteln los werden zu können, indem sie bei den Parlamentswahlen im März 1973 eine Mehrheit gewannen, die es ihnen dann ermöglichen würde, ihn anzuklagen und aus dem Amt zu entfernen. Tatsächlich war die wirtschaftliche Lage kurz vor den Wahlen katastrophal. Eine galoppierende Inflation, ein florierender Schwarzmarkt und ein kritischer Mangel an Lebensmitteln und Grundnahrungsmitteln schienen die Popularität der Regierung zu untergraben. Die Ungewissheit wurde durch aufrührerische Streiks rechter Unternehmer, Bergarbeiter und LKW-Fahrer verstärkt; und es kam überdies zu umfangreichen Sabotage- und Terroranschlägen faschistischer Milizen, die bei ihren Anschlägen Nazi-Utensilien zur Schau stellten.

Trotz all dieser Schwierigkeiten erlangte Allendes Koalition im Mai 1973 mit 44,23 Prozent der Stimmen fast die Hälfte der Sitze im Kongress; zwar weniger als die fast 50 Prozent zwei Jahre zuvor, aber doch acht Prozentpunkte mehr als bei den gewonnenen Präsidentschaftswahlen 1970. Nachdem es der Opposition nicht gelungen war, eine für ein Veto ausreichende Mehrheit zu erreichen, konzentrierte man sich nun darauf, die Voraussetzungen für ein so genanntes militärisches *pronunciamento* zu schaffen (so wird der Putsch in Spanien und Lateinamerika oft bezeichnet), durch das sich die Streitkräfte traditionell zu Wort melden, bevor sie eine Regierung absetzen, und damit ihre Motive erläutern. Darauf zu warten, dass man die Unidad Popular bei den kommenden Präsidentschaftswahlen 1976 besiegen könnte, das wollte man nicht.

Aber auch die Chilenen meldeten sich zu Wort: Der dritte Jahrestag von Allendes Sieges am 4. September war die letzte Gelegenheit für eine mobilisierte Bevölkerung, eine Botschaft der Stärke und des Trotzes an die Streitkräfte zu senden und sie zu warnen, die Demokratie, die sie zu wahren geschworen hatten, nicht zu zerstören. Allein, diese vieltausendfache Warnung nützte nichts. Eine Woche später, am 11. September 1973, gab eine Militärjunta unter der Führung von Augusto Pinochet, die die ganze Wucht der Armee, der Marine, der Luftwaffe und der Carabineros (Nationalpolizei) repräsentierte, ihr *pronunciamento* ab, eine Erklärung, die vermittels der dahinter stehenden militärischen Gewalt deutlich stärker war als die Worte, die kurz zuvor von den Demonstranten in den Wind gerufen wurden: Allende sei abgesetzt, aber die Junta würde „nur so lange regieren, wie es die Umstände erfordern“. Als der Präsident sich weigerte zurückzutreten, beschloss das Militär den Palast aus der Luft und vom Boden. Nach vielen Stunden des Kampfes, in denen Allende zusammen mit einer Handvoll Leibwächtern, Funktionären und engen Freunden bewaffneten Widerstand leistete, lag *La Moneda* (der Präsidentenpalast) in schwelenden Ruinen und der Präsident war tot. (Nach den heute vorliegenden Ergebnissen beging Allende mit großer Wahrscheinlichkeit Suizid; vgl. dazu: Hermes Benítez: *Las muertes de Salvador Allende: Una investigación crítica de las principales versiones de sus últimos momentos*. Valparaíso: RIL Editores 2013).

Was auch immer die Ursache war, Allendes Tod war der erste von vielen,

die folgten. Das Militär hatte nicht gezögert, das schöne neoklassizistische Gebäude abzureißen, das seit 1845 der Sitz der Regierung des Landes war und in der Kolonialzeit als chilenische Münzstätte gedient hatte (daher der Name *La Moneda*). Die meisten Berater im Palast wurden fast sofort hingerichtet, während Allendes prominente Minister und engste Freunde in ein Konzentrationslager auf der eiskalten, windgepeitschten Insel in Patagonien geflogen wurden.

Bücher wurden öffentlich verbrannt, Elendsviertel überfallen, Studenten und Professoren aus Schulen und Universitäten verwiesen. Überall im Land entstanden Haftanstalten, in denen Gefangene gefoltert und hingerichtet wurden. Die Presse- und Versammlungsfreiheit wurde abgeschafft; Der Kongress wurde aufgelöst, ebenso wie alle politischen Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Die einzige verbliebene Institution war die Justiz, die sich Allendes Maßnahmen widersetzt hatte und die ihre Unterwürfigkeit gegenüber den neuen Herren Chiles zeigte: Als Familienmitglieder bei den Gerichten beantragten, den Aufenthaltsort ihrer vermissten Verwandten zu erfahren, erhielten sie eine Abfuhr.

Das Verschwindenlassen wurde, wie dann später in Argentinien, zur typischen Form der Unterdrückung durch das Regime. Es ermöglichte den Behörden, Unruhestifter zu eliminieren, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden, und es ließ Familien und Freunde in der Hölle zurück, nicht zu wissen, ob der geliebte Mensch tot oder noch am Leben war und endlos gequält und gefoltert wurde.

All das konnte man schon vor und unmittelbar nach dem faschistischen Putsch vom 11. September 1973 wissen; wissen konnte man es besonders dann, wenn man unmittelbar vor Ort und nicht auf die teilweise kalmierenden Nachrichten internationaler Presseagenturen angewiesen war. Wissen konnte es also etwa auch der damalige Botschafter der Republik Österreich in Chile, ein gewisser Herr Adolf Hobel (1910–1995). Was dieser Herr mit diesem Wissen machte, oder besser noch, was er *nicht* damit machte, das ist der eigentliche Gegenstand einer von Gerhard Oberkofler nun vorgelegten Dokumentation: Einleitend (S. 11–18) wird zunächst ganz knapp die politische Entwicklung in Chile unmittelbar vor dem Putsch skizziert; daran schließt sich eine biographische Skizze über Adolf Hobel (S. 19–24), die als Einleitung zum Hauptteil des Buches dient:

„Österreichs Botschafter Adolf Hobel [...] über die letzten Monate der Präsidentschaft von Salvador Allende“ (S. 25–65). Abgeschlossen wird der schmale Band von einer Darstellung der österreichischen Reaktionen auf den Putsch in Chile (S. 67–76) und einem Hinweis auf die in der DDR gedruckten Solidaritäts-Briefmarken mit den Abbildern von Allende, Corvalán und Neruda (S. 77–82).

Die von Oberkofler aus dem Österreichischen Staatsarchiv gehobenen Dokumente aus der Zeit zwischen 9. Jänner und 10. Oktober 1973 zeigen uns in erschreckender Weise, wie ein Vertreter der Republik Österreich, vormals Mitglied im NS-Rechtswahrerbundes, die demokratische Entwicklung Chiles denunzierte, Allende pauschal als Verbrecher charakterisierte und den Armeeputsch zur „Wiederherstellung geordneter Verhältnisse“ begrüßte.

Die von Hobel nach Wien gesandten Berichte sind gewiss kein Skandal, aber sie bringen symptomatisch (und insofern aufschlussreich) zum Ausdruck, in welchem Ausmaß in der österreichischen Spitzendiplomatie ein generell antidemokratisches Dispositiv vorherrschend war, und sie zeigen uns vor allem, wie sehr ein Konservativer und nicht besonders wacher Beobachter wie Hobel bereit war, all das zu übersehen, was doch für alle vor Ort damals offenkundig war: Der sofort einsetzende Terror durch das faschistische Militärregime.

Die Republik Österreich hatte zwar unmittelbar nach dem Putsch beschlossen, die diplomatischen Beziehungen zu Chile weiterhin aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig aber wurde offiziell der Putsch verurteilt. Die Botschaft in Chile erhielt ausdrücklich die Weisung vom Außenamt, in besonderen Fällen Asyl zu gewähren – der voreingenommene Botschafter Hobel allerdings weigerte sich, den vom militärischen Terrorregime Verfolgten dieses Asyl zu gewähren; dies hat nachfolgend erst Rudolf Kirchschläger bekannt gemacht ([https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf\\_Heinrich\\_Hobel](https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Heinrich_Hobel)). Erst nach der Absetzung von Hobel wurde den Verfolgten durch die österreichische Botschaft Asyl gewährt.

Oberkoflers Dokumentation ist wertvoll, weil sie bisher nicht Bekanntes an die Öffentlichkeit bringt; diese Dokumentation ist aber auch über die archivarisches Arbeit hinaus wichtig, weil sie Orientierung vermittelt. Seit im November 1998 die Londoner *Law Lords* beschlossen, dass dem Diktator Pinochet keine Immunität zukommt, ist es leichter

geworden, die Vorgänge vor, während und nach dem Putsch aufzuklären und zu untersuchen. Zwar wurde Pinochet nie verurteilt, weil er zunächst vom britischen Innenminister Jack Straw freigelassen wurde (der Papst setzte sich vehement für die Freilassung Pinochets ein) und dann auch ein chilenisches Gericht 2001 seine Verhandlungsunfähigkeit erklärte, aber die Verantwortung für die Verbrechen vom 11. September 1973 und für die in den nachfolgenden Jahre ist heute so eindeutig, wie sie auch schon im Jahr 1973 erkennbar war: Neben Pinochet hätte, wenn es nach rechtsstaatlichen Maßstäben zu geht, Henry Kissinger Platz nehmen müssen (vgl. bloß den entsprechenden Auszug über Chile aus Christopher Hitchens: *The Trial of Henry Kissinger*, online zugänglich unter: [https://thirdworldtraveler.com/Kissinger/Chile\\_TOHK.html](https://thirdworldtraveler.com/Kissinger/Chile_TOHK.html)).

Das Scheitern des chilenischen Wegs zum Sozialismus hatte Folgen weit über die Landesgrenzen hinaus. Allendes friedliche Revolution wurde auf der ganzen Welt, insbesondere in Europa, mit Sympathie aufgenommen. Der Eurokommunismus, der historische Wandel der mächtigen kommunistischen Parteien in Italien, Frankreich und Spanien hin zu einem Projekt, das eher der Sozialdemokratie als der radikalen Revolution ähnelte, entstand aus einer offenen Analyse der Gründe, warum Allendes Projekt so herzerreißend geendet hatte.

Es ist hier nicht der Ort, darüber zu diskutieren. Aber Allendes Vermächtnis könnte über die Grenzen seines Landes und über sein Leben hinaus Auswirkungen haben. Die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung durch Gewaltlosigkeit, die dieser einzigartige Staatsmann formulierte ist erneut zum entscheidenden Thema unserer Zeit geworden. Angesichts der Tatsache, dass neue Varianten von Pinochet viele Länder beunruhigen, ist Allendes lebenslanges Beharren darauf, dass wir immer *mehr* Demokratie und niemals weniger – *immer, immer mehr Demokratie* – brauchen, damit der Traum einer gerechteren Gesellschaft Früchte trägt, immerwährend aktuell. Allendes Kampf und sein Tod stehen für die Einsicht, dass es keine Lösung für die den Planeten kennzeichnenden Plagen – für Krieg, Ungleichheit, Massmigration, für die doppelte Bedrohung durch Klimawandel und nukleare Vernichtung – geben kann ohne die aktive Teilnahme einer großen Mehrheit furchtloser und enthusiastischer Männer und Frauen, die sich für die Lösung dieser

Probleme gemeinsam stark machen. Fünfzig Jahre nach seinem Tod spricht Salvador Allende immer noch zu uns – und es ein Verdienst von Gerhard Oberkofler, uns dies vor Augen zu führen.

ALFRED J. NOLL

*Hildegard Frauneder/Albert Lichtblau/Robert Obermair: Orte des Gedenkens. Hallein – Agnes Primocic. Salzburg: Land Salzburg 2023, 85 S., [www.ortedesgedenkens.at](http://www.ortedesgedenkens.at)*

Seit dem Frühjahr 2023 steht die Tennengauer Bezirkshauptstadt Hallein im Zeichen der Erinnerung an die Widerstandskämpferin und Kommunistin Agnes Primocic. Ein volles Jahr lang. Hallein ist die zweite Station des vom Land Salzburg initiierten Projekts „Orte des Gedenkens“, im Zuge dessen in allen sechs Salzburger Bezirken, jeweils ein Jahr lang, an den Widerstand gegen das Nazi-Regime erinnert werden soll. Umgesetzt wird das einst auf Antrag der NEOS vom Landtag beschlossene Lehr-, Lern- und Erinnerungsprojekt von der Kunsthistorikerin Hildegard Frauneder, den Historikern Albert Lichtblau und Robert Obermair sowie der Journalistin Stefanie Ruep.

Erste Station war das Flachgauer Neumarkt am Wallersee. Hier war der Gastwirt Georg Rinnerthaler die Person des Interesses. Eine problematische Wahl: Rinnerthaler hatte sich zwar wiederholt mit den Nazis angelegt und war auch ein Jahr in Dachau inhaftiert, war also ein Nazi-Opfer; er war aber sicher kein Widerstandskämpfer im engeren Sinn des Wortes. Obendrein war Rinnerthaler Christlichsozialer und Funktionär im austrofaschistischen System.

Bei Agnes Primocic gibt es keine derartigen Unschärfen. Die Halleiner Kommunistin war über Jahrzehnte eine der Leitfiguren des österreichischen Widerstands gegen die Nazi-Barbarei im Allgemeinen und für den Widerstand der Frauen im Besonderen. Über Primocic, die nach der Befreiung 1945 als Sozialpolitikerin in der Stadt Hallein aktiv war, wurden Dokumentarfilme gedreht, Bücher geschrieben, ihr Leben war auch Vorlage für Theaterstücke. Kurzum: Die 2007 im 103. Lebensjahr Verstorbene war und ist Vorbild für Generationen antifaschistisch engagierter ÖsterreicherInnen.

Die „Orte des Gedenkens“ stellen nun ebenfalls Primocic, ihren Widerstand gegen die Nazis, aber auch – und das ist von Bedeutung – ihren Widerstand gegen die austrofaschistische Diktatur ins



Zentrum der Aufmerksamkeit. In Hallein selbst gibt es Vorträge, Schulprojekte und ein mobiles Kunstprojekt von Kathi Hofer, bei dem mit Hörspaziergängen auch die über weite Strecken bis heute unsichtbare Widerständigkeit von Frauen erfahrbarer gemacht werden soll.

Ergänzend gibt es ein mit 85 Seiten recht umfangreiches Booklet. In diesem wirft der Hallein Historiker Wolfgang Wintersteller einige Schlaglichter auf „Hallein unterm Hakenkreuz“, Mitveranstalterin Hildegard Fraueneder schreibt über die Sichtbarkeit von widerständigen Frauen im öffentlichen Raum. Die beiden Historiker des Projekts, Albert Lichtblau und Robert Obermair von der Universität Salzburg, stellen die Person und Lebensgeschichte von Primocic ins Zentrum ihres Beitrags.

Geradeheraus: Den zwei Historikern gelang ein – auch für jene, die wie der Autor dieser Zeilen Primocic persönlich kannten – stimmiges Gesamtbild einer couragierten von Menschlichkeit und Widerstandsgeist bis ins hohe Alter geleiteten Frau. Neben den bekannten Episoden ihres Lebens – die Befreiung des Gründers der Widerstandsgruppe Willy-Fred, Sepp Plieseis, aus dem KZ-Außenlager in Hallein im Oktober 1943 und die Befreiung von bereits für das Erschießungskommando aussortierten Häftlingen kurz vor Kriegsende – kommen für Interessierte auch mehrheitlich unbekanntere Sequenzen aus ihrem Leben zur Sprache. Ihre Erfahrungen nach einem Besuch in der Sowjetunion seien hier beispielhaft genannt. Primocic konnte die noch junge Sowjetunion 1933 mit einer KPÖ-Delegation besuchen.

Breiten Raum nimmt ihr ungebrochenes Engagement nach der Befreiung vom Nationalsozialismus ein. Unmittelbar nach 1945 war sie in Hallein für die Fürsorgeagenden zuständig. Später war sie für den Mieterschutzverband aktiv und lange Jahre Vorsitzende des KZ-Ver-

bands Salzburg. Auch in der Anti-Waldheim-Bewegung blieb Primocic engagiert. Lichtblau und Obermair sprechen auch die heftigen Attacken an, die die FPÖ wiederholt gegen Primocic geritten hat. Die Konflikte mit der FPÖ kamen nicht von ungefähr. Zum einen war Primocic eine antifaschistische Symbolfigur und Frau, also quasi per se ein Feindbild. Zum anderen aber war Primocic auch kluge Marxistin. Auch wenn das die Freiheitlichen wohl mehr ahnten und spürten, als sie intellektuell in der Lage waren dies zu erfassen: Agnes Primocic kannte und benannte den Unterschied zwischen politischem Gegner und politischem Feind sehr präzise.

Apropos FPÖ: Mittelfristig bleibt offen, wie es mit dem Projekt „Orte des Gedenkens“ nach dem ÖVP-FPÖ-Pakt in Salzburg weitergehen wird. Das Projektteam selbst hat sich zum Weitermachen entschieden. Für 2024/25 steht der Pongau und St. Johann als Ort bereits fest. Dabei wird die Geschichte des Widerstandes in Goldegg, die Geschichte der Goldegger Deserteure eine zentrale Rolle spielen. Dabei, so heißt es aus dem Projektteam, werden aber weniger die von den NS-Schergen ermordeten Männer im Mittelpunkt stehen, sondern die unbekannteren Geschichten der Frauen, der Fluchthelferinnen.

Fraglich ist freilich, ob die türkis-blaue Landtagsmehrheit bzw. die Landesregierung das Gedenkprojekt unwidersprochen weiterlaufen lassen wird. Auch wenn bislang keine Initiativen gegen die „Orte des Gedenkens“ bekannt geworden sind, ist schwer vorstellbar, dass ÖVP und FPÖ nicht versuchen werden, zumindest inhaltlich einzugreifen, die Gelder zu kürzen oder die Sache komplett abzudrehen.

**THOMAS NEUHOLD**

*Peter Goller: „...wegen der geringsten Vergehen gegen das Koalitionsrecht!“ Streik- und Arbeiterkoalitionsrecht in Österreich 1867–1914. Aus Texten von Leo Verkauf und Isidor Ingwer. Innsbruck, Wien: Studien Verlag 2023, 168 S., 21,90 Euro*

**N**euerdings wird für die Geschichte sozialer und demokratischer Kämpfe am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert oft der Kampf für das Frauenwahlrecht als charakteristisch dargestellt. Das aber ist mindestens ungenau. Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht war essenziell in der letzten Phase der großen, undemokratischen Monarchien

in Kontinentaleuropa. Zuvor war die Forderung der Arbeiterinnenbewegung ganz anders: Die ökonomischen Selbstständigkeit zur Teilnahme am politischen Leben. In anderen Worten: Recht auf Arbeit, Scheidung, Selbstverfügung über das eigene Einkommen und politischer Organisierung. Schließlich gab es zu jener Zeit noch gar kein allgemeines und gleiches Männerwahlrecht. Arbeiter waren von der Wahlurne abgeschnitten, ein kleiner Teil wohlhabender Frauen aus aristokratischen und adeligen Kreisen, die Eigentum geerbt hatten, genossen dagegen ihr Wahlrecht.

Besonders das Organisationsrecht war der entscheidende Kampf der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Im Gebiet des heutigen Österreich waren bis 1870 Arbeitskämpfe verboten. In jenem Jahr beschloss der Reichsrat ein Koalitionsgesetz, das den ArbeiterInnen die legale Bildung politischer Vereine ermöglichte. Dieses Koalitionsrecht gewährleistete das demokratische Recht der Arbeiter, freiwillig Vereinigungen mit dem Ziel der Förderung und Wahrung der beruflichen Interessen ihrer Mitglieder zu bilden.

Strafbar blieben Verbindungen zur gemeinsamen Arbeitsverweigerung. 1885 wurde dies zwar etwas entschärft und Arbeitskämpfe nicht speziell unter Strafe gestellt, doch aufgehoben wurde der jeweilige Paragraph erst im Jahr 1919. Der Kampf gegen die Einschränkung des Streikrechts durch den habsburgischen Behördenapparat bis zur offenen Repression ist das Thema eines neuen Studienbandes des Innsbrucker Universitätsarchivars Peter Goller.

Auf rund 100 Seiten gibt Goller einen Überblick über die Repression gegen Gewerkschaften in diesen fünf Jahrzehnten. Er bezieht sich hier vor allem auf die Texte der sozialdemokratischen Arbeitsrechtler Isidor Ingwer und Leo Verkauf. Die beiden Juristen haben in den Jahren vor 1914 vor dem Hintergrund radikaler, oft mit militärischer Gewalt unterdrückter Arbeitskämpfe beschrieben, wie das Streikrecht eingeschränkt wurde. Ingwer wurde 1942 in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert, wo er wenig später verstarb.

Der zweite Teil des Bandes umfasst Nachdrucke der Texte von Verkauf und Ingwer und andere Artikel aus der sozialistischen Presse der Zeit zum Thema, darunter ein Text der Gründungsfigur der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler, zum Koalitionsrecht aus dem Jahr 1888.


**HSF**

 INSTITUT  
 FÜR HISTORISCHE  
 SOZIALFORSCHUNG


## Von der Arbeiterbewegungsgeschichte zur Neuen Kulturgeschichte

Bilanz und Perspektiven

### 2. Hans-Hautmann-Kolloquium

Der Stellenwert der Arbeiterbewegungsgeschichte hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. Ende der 1960er Jahre haben Forschungen über die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Österreich einen großen Aufschwung genommen. Arbeiterbewegungsgeschichte wurde zu einem alternativen Wissenschaftsparadigma, nicht zuletzt aufgrund der Publikationsreihen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Linz, wo auch Hans Hautmann tätig war. In den 1970er und 1980er Jahren griff die Arbeitergeschichte verstärkt Anregungen der Sozialgeschichte auf. Es folgte eine Ausweitung des Themenspektrums hin zur „Geschichte von unten“. Mit der „Wende“ in Osteuropa in den Jahren 1990/91 geriet auch die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung in die Krise. Seither hat sich der wissenschaftliche Mainstream von der Sozial- zur Neuen Kulturgeschichte verschoben. Heute ist die Arbeitergeschichte weitgehend in der Kulturgeschichte aufgegangen.



16.00 Eröffnung

 16.15 Univ.-Prof. Dr. **Helmut Konrad** (Institut für Geschichte der Universität Graz):

*Zur Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung*

 16.45 Dr. **Veronika Helfert** (Central European University):  
*Arbeiterbewegungsgeschichte als Frauen- und Geschlechtergeschichte: Frauen in der österreichischen Rätebewegung*

 17.15 Dr. **Winfried R. Garscha** (Dokumentationsarchiv des österreichische Widerstandes):

*Die ITH als Netzwerk, Drehscheibe und Reflexionsraum*

 17.45 Dr. **Florian Weninger** (Institut für Historische Sozialforschung): *Der 12. November 1918 und die österreichische Revolution. Historiografische und geschichtspolitische Betrachtungen*

18.15–18.45 Pause

 18.45–20.00 Round Table „**Perspektiven der Arbeitergeschichte**“

 Dr. **Therese Garstenauer** (Präsidentin der ITH)

 Dr. **Ina Markova** (Österreichisches Volkshochschularchiv)

 Dr. **Manfred Mugrauer** (Alfred Klahr Gesellschaft)

 Dr. **Georg Spitaler** (Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung)

20.00 Brot und Wein

 Veranstalter: *Alfred Klahr Gesellschaft*
*Institut für Historische Sozialforschung*
*Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen*

 Dienstag, **14. November 2023**, 16 bis 21 Uhr

**Bibliothek der Arbeiterkammer Wien**

Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien

#### Mitteilungen der

#### ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Irene Filip, Sabine Fuchs, Peter Goller, Michael Graber, Martin Konecny, Stefan Kraus, Thomas Neuhold, Alfred J. Noll, Dieter Reinisch, Florian Schwanninger, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43–1) 982 10 86

 E-Mail: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)
[www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

#### AKG–Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

Mit dem Band zum Streik- und Koalitionsrecht hat Goller einen wichtigen Beitrag geliefert, diesen zu oft vergessenen Aspekt der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung wieder in Erinnerung zu rufen. Dieser Kampf hat besondere Aktualität. Zwar werden die Forderungen für Vier-Tage-Woche für einen Teil der Arbeiterklasse lauter, zugleich befindet sich ein wachsender Teil der Arbeiter in Dienstverhältnissen, die weit hinter den im späten 19. Jahrhundert erkämpften Errungenschaften zurückliegen: Mitarbeiter von Lieferdiensten kämpfen weltweit für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, Urlaub und bezahlte Krankenstände. In Großbritannien wurde erst diesen Juli ein Antistreikgesetz beschlossen. Vor diesem Hintergrund ist Gollers Band besonders wichtig, um in Erinnerung zu rufen, wie hart gewerkschaftliche Rechte erkämpft wurden. Sie dürfen nicht kampfflos wieder verloren gehen.

**DIETER REINISCH**